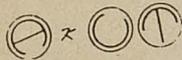


AKUT

Nachrichtenblatt der Bonner Studentinnen und Studenten Januar 1986 Nr. 214

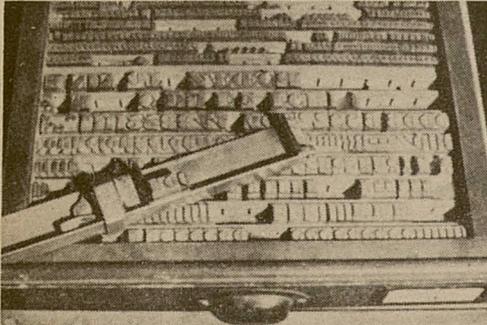


**21. - 24.1.: WAHLEN
zum Student/inn/en-
parlament**



Nachrichtenblatt
der Bonner
Studentinnen und Studenten

HERAUSGEBER :
Studentinnenparlament
der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms
Universität Bonn



Winkelhaken und Steckschriftkasten.

COPYRIGHT

Sofern nicht anders vermerkt, bei den Autoren.
Artikel, die mit vollem Namen unterzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

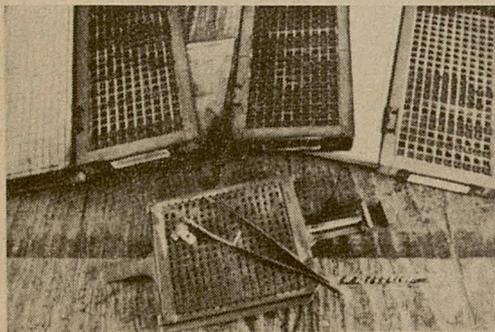
Für unverlangt eingesandte Manuskripte können wir keine Garantie übernehmen.

AKUT

Nassestr. 11
5300 Bonn 1
0228/737040
12.00 - 14.00

DRUCK

Druckladen
Euskirchener Str. 30
5300 Bonn 1
0228/614021



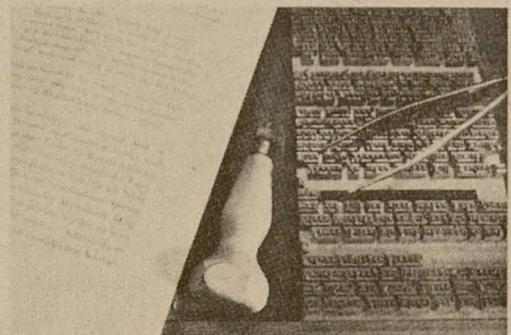
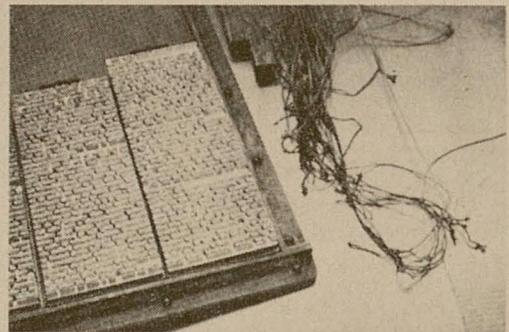
Ein Rahmen für den Schriftguß

KURZES VORWORT ZU EINER KURZEN AKUT

Auch wir machen Fehler, und in unserer Nr. 213 gleich einen auf der Titelseite: Kurt Tucholsky beging am 21.12.1935 Selbstmord.
Zur Rückseite: Das von einigen als blasphemisch empfundene Foto ist dokumentarisch; es ist von unserem Gelegenheits-Auslandskorrespondenten Wolfgang auf dem Friedhof Père Lachaise in Paris aufgenommen worden.

INHALT (!?)

Bestandsaufnahme	... 3
Meldungen	... 5
Bafög	... 8
Bewegung i.d. Republik	... 10
Rezension	... 12
Leserbriefe	... 14
Konventswahlen	... 19
Gedichte	... 20
Veranstaltungen	... 21
Frauen im Mittelalter	... 22
Stadt Bonn	... 23
WAHLAUFRUF	... 24



Pinzette, Ahle und Kolumnenschnur für den Handsatz

Die Redaktion:

Karen Braun, Wolfgang Kaleck, Jutta Koch, Christian Eicke, Lars Ihde, Adele Schmidt, Raimund Bleischwitz.

Wg. Wahl: alle CHEFREDAKTÖRE !!!

VERSUCH EINER BESTANDSAUFNAHME



Vor einem 3/4 Jahr hat sich eine neue AKUT - Redaktion gebildet. Jede der linken Hochschulgruppen entsendete eine/n RedakteurIn in ein Kollektiv ohne einen Chef - wie ihn bisher die

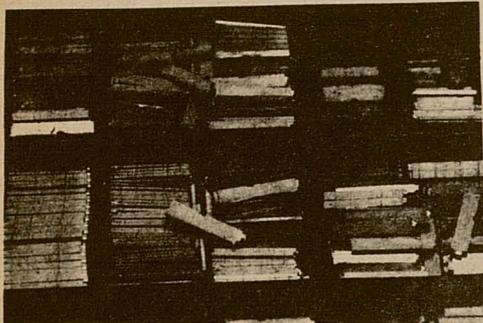
FRUST - und RCDS/LA - AKUTs hatten. Dazu kamen noch 3 Unorganisierte. Da jeder von uns unterschiedliche Voraussetzungen und Vorstellungen mitbrachte und wir uns nur zum Teil vorher kannten, mußte sich ein Kollektiv erst einmal bilden. Schnell waren wir uns einig darüber, daß wir die Hochschulgruppen- und ASTA - Querelen aus unserem Blatt heraushalten wollten. Das ist uns bis jetzt weitestgehend gelungen. Zwischen den Gruppen umstrittene Artikel oder solche, die die ganze Redaktion angehen, haben wir bis zur Konsensbildung ausdiskutiert.

Unsere Konzeption gründete vor allem in der Ablehnung eines reinen Plauderblättchens ohne längere inhaltliche Artikel und ohne politische Stellungnahme, wie es die vorherige AKUT war. Wir dürfen wohl ohne Übertreibung sagen, daß wir unsere Leser gezwungen haben, die AKUT entweder auf dem Mensatisch liegen zu lassen oder aber nach Hause zu nehmen, um dort einen oder mehrere Artikel zu lesen. Inhaltliche Schwerpunkte waren 'Neue Technologien', der 8.Mai, der Weltwirtschaftsgipfel, die HRG-Novelle sowie Konzeption und Ablauf der Kritischen Uni. Kritisch muß man wohl sagen, daß sich die Themenauswahl oft aus den persönlichen Fähigkeiten und Aktivitäten der RedakteurInnen ergab - ob Weltjugendfestspiele, HR-Volontariat oder Gramsci-Luxemburg - Kongreß. Vorteile dieser Artikel waren allerdings der überdurchschnittliche Aufwand an inhaltlicher Vorbereitung und die engagierte persönliche Stellungnahme.

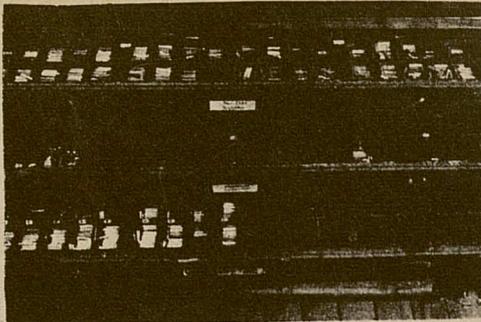
Diese längeren Artikel gingen sicherlich zu Lasten einiger Sparten wie Meldungen und Kurzberichte aus dem Unibereich. Doch für keinen von uns konnte die AKUT fulltime-job sein. Die Aufwandsentschädigung von 100-150 DM pro Ausgabe ist angesichts der hineingesteckten Arbeitszeit nur eine nette Zugabe. →

So müssen wir uns neben dieser Selbstkritik - zu der sicher auch das Eingestehen einiger Unregelmäßigkeiten im lay-out gehört - auch einmal unserer Leserschaft zuwenden. Gefreut hat uns die Zunahme in Form von Leserreaktionen in Form von Leserbriefen. Auch einige Artikel und Meldungen kamen aus der Studentenschaft - bei 40000 Studierenden immer noch wenig, aber immerhin ... Die Ungewißheit über die Leserschaft ist wohl eine Tatsache, mit der sich alle Redakteure/innen dieser kostenlos verteilten Zeitung abfinden müssen.

Erschreckend aber war die Wertschätzung, die Fachschaften, ASTA-Referenten und Hochschulgruppen dem monatlich in 10000-facher Auflage erscheinendem Forum der Studenten/innenschaft schenken. Wo bleiben die Berichte über die mannigfaltigen Problemen an allen Fachbereichen? Warum hat kaum ein ASTA - Referat aktuelle Meldungen oder Kurzberichte als Abfall einer fast täglichen Beschäftigung mit hochschulpolitischen Fragen geliefert? Spielte da am Ende eine Rolle, daß vereinfachte flugblattartige Darstellungen mit dem Gruppennamen als Kopf bei uns keinen Platz gefunden hätten?



Wohl nichts kann das Verhältnis linke AKUT - linker ASTA mehr verdeutlichen als die Reaktionen auf die letzte Nummer (Namen nenne ich hier besser nicht): Zugegeben ein Tucholsky-Gedicht als Titel war ungewöhnlich, in den Gruppendarstellungen gingen wir auch mit linken Gruppen nicht zimperlich um und sicher sind uns auch lay-out-Fehler unterlaufen. Aber Herumblöken, mit dem Finger in hämischer Schadenfreude auf Druckfehler zeigen und sich



weigern, beim Ausladen der gedruckten Exemplare zu helfen, ist ein so entlarvend wie unsolidarisches Verhalten. Inhaltliche Kritik, die wir erwartet hatten, blieb leider die Ausnahme.

Um es noch einmal klarzustellen: Wir wissen, daß es eine politische AKUT mit inhaltlichen Auseinandersetzungen über unsere Situation an dieser Hochschule nur unter einem linken ASTA möglich ist. Die Erfahrungen aus den letzten Jahren und die Gespräche mit den rechten Gruppen (RCDS, KOLIBRI, LA) haben es verdeutlicht: die rechten Hochschulgruppen haben weder die Kapazitäten noch vor allem den Willen, inhaltliche Kontroversen zu führen. Ihr Ziel ist die politische Neutralisierung der Hochschulen. Wem dies angesichts sich ständig verschlechternder Studienbedingungen (BAFÖG-Kürzungen, HRG, Elitförderung, härtere Prüfungen bei drohender Arbeitslosigkeit) und zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierungen wie uns als Gefahr erscheint, dem bleibt vom 21.-24. Januar nur die Wahl zähneknirschend links zu wählen. Denn auch die AKUT ist von der SP-Mehrheit abhängig.

Wir wollen uns auch im nächsten Semester bemühen, dem Prozess der Entsolidarisierung und Entpolitisierung, des Rückzugs ins Private und der Anpassung mit unseren Mitteln zu begegnen. Dazu wollen wir über die kurzfristige Ebene von Hochschulgruppen und Studenten/innenparlament hinaus, hochschul- und gesellschaftskritische Themen bearbeiten. Wir hoffen, auch die Zusammenarbeit mit Fachschaften und ASTA verbessern zu können, um letztlich dem Anspruch 'Forum der Studentenschaft' zu sein, gerecht zu werden.

wolfgang kaleck

SP-Streit um Chefredakteurs-Wahl

Noch eine Bemerkung in eigener Sache - zur Nichtwahl von Christian Eicke zum neuen Chefredakteur der AKUT durch das SP.

Wir verstehen uns als Kollektiv und messen daher der Wahl eines Chefredakteurs bzw. einer Chefredakteurin ausschließlich formale Bedeutung bei. Bis zur letzten SP-Sitzung im vergangenen Jahr sind auch von der linken Mehrheit im SP immer die anstandslos gewählt worden, die wir intern jeweils ausgediskutiert und dem SP zur Wahl vorgeschlagen hatten. So war's unter den Linken im Januar 1985 abgesprochen worden, und das funktionierte auch.

Nun schlugen wir im letzten Dezember dem SP Christian vor, und einige Linke wählten ihn nicht - er fiel durch. Christian ist Jungdemokrat und Mitglied einer nichtschlagenden Burschenschaft. Letzteres war der Grund, warum einige Jusos und LÜSTlinge (am schärfsten brachten Stefan Söldner-Rembold und Heiner Vonderstück ihre Ablehnung zum Ausdruck) Christian nicht wählten und dies auch künftig nicht tun werden.

Wir standen nun vor einem Dilemma: Einerseits arbeiten wir mit Christian seit bereits einem Jahr gut zusammen; die redaktionsinternen politischen Divergenzen blieben durchaus im Rahmen des Wünschenswerten.

Andererseits war nicht allen Redaktionsmitgliedern am Anfang bekannt, daß Christian in einer Burschenschaft ist. Einigen von uns war ebenfalls nicht bekannt, daß er darüber unter den linken HSGs teilweise umstritten war. Von diesen Gruppen sind wir auf diesen Sachverhalt ebenfalls nicht angesprochen worden.

Da wir also mit Christian weiterhin problemlos zusammenarbeiten können und wollen, andererseits aber Burschenschaften äußerst kritisch und reserviert gegenüberstehen, haben wir uns entschieden, Christian nicht erneut zur Chefredakteurwahl vorzuschlagen, um im Vorfeld der SP-Wahlen nicht überflüssigerweise in den Brennpunkt möglicherweise hysterischer Diskussionen wahlkämpfender Gruppen zu geraten.



UNIVERSITÄTSBUCHHANDLUNG
Bouvier

BONN · AM HOF 32 - FÜRSTENSTRASSE 3
GEGENÜBER DER UNIVERSITÄT · 729010

Der von dem Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung

Wilhelm Kewenig (CDU) vorgelegte Entwurf zur Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes verdeutlicht in verhängnisvoller Weise, welche Interpretation das im Herbst letzten Jahres auf Bundesebene verabschiedete Hochschulrahmengesetz (HRG), nun auf Landesebene umgesetzt, erfahren kann.

Quasi über Nacht zog Kewenig den kompletten Entwurf für ein völlig neues West-Berliner Hochschulgesetz (HG) aus der Tasche, der so weit über das vom HRG Gebotene hinausgeht, daß er selbst bei der hochschulpolitischen Mitte die Befürchtung geweckt hat, damit drohe die Freie Universität "im Würgegriff der Reaktion" zu landen.

Von besonderer rechtsstaatlicher Pikanterie ist die beabsichtigte "vorbeugende Staatsaufsicht", nach der staatliche Organe der Hochschulverwaltung in die Hochschulautonomie eingreifen dürfen, falls sie ein konkreter Verdacht befällt, wonach die Hochschulgremien etwas vorhaben, was in ihren Augen rechtswidrig ist.

Ein weiterer Punkt des Entwurfs, der das uneingeschränkte Machtmonopol für konservative Professoren vorsieht, läßt den letzten Rest an demokratischen Strukturen der Hochschulen in Berlin zur Farce verkommen. Laut Entwurf sollen Professoren nicht nur in allen Gremien unanfechtbare Mehrheiten er-

halten. Darüber hinaus soll die Mehrheit der Professorengruppe selbst bei zahlenmäßig überlegenen Koalitionen der Professorenminderheit mit wissenschaftlichen Mitarbeitern, Studenten und Dienstpersonal nicht überstimbar sein.

Im akademischen Senat, dem Exekutivgremium der Universität, spiegelt sich die geplante Veränderung so wider: Bisher gab es dort

23 Mitglieder, darunter zwölf Professoren, fünf wissenschaftliche Mitarbeiter, vier Studenten und zwei sonstige Mitarbeiter (Dienstkräfte). In Zukunft soll das Gremium auf 26 Mitglieder erweitert werden; davon wären dann 16 Professoren, vier Assistenten, vier Studenten und zwei sonstige Mitarbeiter, somit eine Professorenmehrheit von 16 zu zehn gegenüber den anderen.

Eben dieser akademische Senat entscheidet über die Wahl des Hochschulrektors.

Alle Macht den Professoren

Berlin
und
das
HRG

Gleiches gilt für Berufungen. Über die HRG-Regelungen hinaus ist für Berlin geplant, auch Berufungskommissionen mit "doppelten" Professorenmehrheiten auszustatten.

Mit all diesen neuen Regelungen soll offensichtlich verhindert werden, daß ein "nicht-rechter" Kandidat vom Akademischen Senat vorgeschlagen und vom Konzil gewählt wird.

Weitere Hiobsbotschaften des Entwurfs sind die Zwangsexmatrikulation nach 14 Semestern, die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft und der Ausschluß von Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften aus dem Kuratorium der Hochschule.

Die SPD-Betriebsgruppen an der FU sowie die personalrechtlichen Vertretungen und die ÖTV fürchten insbesondere um die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Personalräte, die als beratende Organe in den Gremien nicht mehr vertreten sein sollen.



Während sowohl Konzil, Kuratorium und Akademischer Senat der Hochschule der Künste als auch das Konzil der TU Berlin gegen die haarsträubenden Pläne gestimmt haben, hält Wilhelm Kewenig weiter an seinem Entwurf fest. Auch der Bund "Freiheit der Wissenschaft" sprach sich am 12. Dezember für eine möglichst rasche Umsetzung der HRG-Novelle in Berlin aus. Nur so sei eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Berliner Hochschulen zu erreichen, die seit 1969 durch eine in weiten Bereichen verfehlte Hochschulpolitik Schaden ge-

nommen hätten.

Auch nach Ansicht Kewenigs hat es genug linke Experimente gegeben. Er verweist auf die so beabsichtigte Steigerung der Fachkompetenz. Als hätten Fachkompetenz und Fachidiotie nicht schon immer eng nebeneinander gelegen in der deutschen Universitätsgeschichte.

Adele Schmidt

MELDUNGEN

E L D U N G E N RHEINISCHES LANDESMUSEUM: BENJAMIN CONSTANT-AUSSTELLUNG

Vom 17. Januar bis zum 2. März 1986 ist im Rheinischen Landesmuseum (Colmantstraße) eine neue Retrospektive des in Deutschland selten gezeigten Werks von Benjamin Constant zu sehen. Constant, Theoretiker und vielseitiger Künstler, ist in der Bundesrepublik so gut wie unbekannt. Sein Oeuvre als urbaner Baumeister und

Gesellschaftstheoretiker war hierzulande in den 60er Jahren einige Male zu sehen. Mehrfach ausgestellt wurden damals auch seine Bilder aus der Cobra-Zeit. Die letzte umfassende Einzelausstellung über Constant veranstaltete das Museum Bochum im Jahre 1961. Der Künstler, der dem zeitgenössischen Kunstbetrieb äußerst skeptisch gegenübersteht, hat sich nach

langen Verhandlungen zur Ausstellung in Bonn bereiterklärt. Im Mittelpunkt dieser Ausstellung stehen drei Komplexe seines künstlerischen Werkes: die Gemälde aus der Cobra-Zeit, Beispiele des Bauprojekts "Neubabylon" und die in Deutschland völlig unbekanntem Gemälde der letzten 15 Jahre.

E
L
D
U
N
G
E
N

84 La peur 1937



85 La mort inutile, II 1936



JUNGDEMOKRATEN VERLASSEN ASTA

Am 18. Dezember 1985 sind die Jungdemokraten (Ihv) aus dem linken AStA der Uni Bonn ausgetreten, weil es für sie keine Basis mehr für eine erfolversprechende Zusammenarbeit gab, nachdem von anderen Gruppen Vereinbarungen gebrochen worden waren. Sie verstehen sich jetzt als konstruktive linke Opposition.

HÖFLICHER PROFESSOR

Unrühmliches gibt es von Professor Dr. Karl Dietrich Bracher, Direktor des Seminars für Politische Wissenschaften, zu vermelden:

Der Professor empfing den ersten Studenten, der pünktlich zu Beginn der offiziellen Sprechstunde Brachers erschienen war, eine Dreiviertelstunde nach dem ausgehängten Sprechstundenbeginn. Solange mußte der Student warten. Als er dann Professor Bracher höflich fragte, warum er ihn habe eine Dreiviertelstunde warten lassen, erhob sich der Professor und sagte abschließend: "Wir haben nichts mehr miteinander zu besprechen!"

MELDUNGEN

E
L
D
U
N
G
E
N

88 La liberté 1937



BETREUER GESUCHT

Jugendfahrtendienst sucht Betreuer für die Kinderferienprogramme vom 3. Juli bis zum 3. September 1986. Die Betreuer müssen das 18. Lebensjahr vollendet und einen Weiterbildungskurs absolviert haben. Die Kurse werden in enger Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Bildungswerk Wuppertal durchgeführt. Die Betreuung wird von vielen pädagogischen und sozialpädagogischen Ausbildungsstätten als Praktikum anerkannt. Berufstätigen aus NRW steht nach dem Gesetz Sonderurlaub zu. Die Vergütung für einen dreiwöchigen Einsatz beträgt neben freier Unterkunft und Verpflegung sowie freier An- und Abreise 240 Mark plus 30 Mark Kostenpauschale.

Jugendfahrtendienst e. V.
Heumarkt 64-66
5000 Köln 1
Tel. 0221/21 0 81

Anzeige

Buchhandlung · Verlag · Antiquariat

RÖHRSCHEID

Gegenüber der Universität

Bonn · Am Hof 28 · Tel. 0228/72 90 126

SP-WAHLEN

Vom 21. bis zum 24. Januar finden die Wahlen zum Studentenparlament der Uni Bonn statt. Es treten elf Listen zur Wahl an:

RCDS (Ring christlich-demokratischer Studenten); LA/slh (Liberale Aktion/Sozialliberaler Hochschulverband); kolibri (konservativ-liberale Richtung); Juso-HSG (Jungsozialisten-Hochschulgruppe); GAG (grüne alternative Gruppe); LUST (Liste undogmatischer Studenten); SHB (sozialistischer Hochschulbund); Wehrt Euch!; Jungdemokraten (Ihv); unabhängige Fachschaftsliste; 3 ccc (katholische christliche ?)

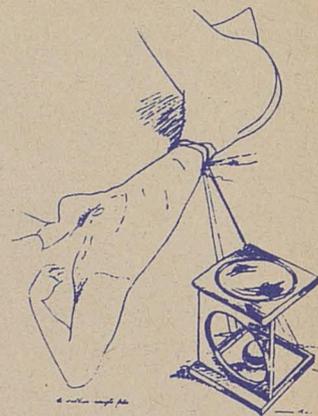


73 L'asso 1936

M E L D U N G E N

Jusos voll Dampf ?

(RZ) Sogar die gewiefte AKUT-Redaktion staunte, als sie das Wahl-Blättchen der Juso-Hsg. in Händen hielt. Ihre Stellungnahme zur KRITISCHEN UNI differiert von der, die wir von unserem Gespräch her noch in den Ohren haben. Uns gegenüber hatten die Jusos verlautbart, die KU sei ein erfrischender Neuanfang, ein Höhepunkt der AStA-Semesterarbeit, und sie wollten die nächste KU aktiver mitgestalten als diese (vgl. AKUT



TARIFE BEI GOETHE

Möglicherweise gibt es ab dem 1. Januar 1986 die beiden Goethe-Institute in Mexiko - eins in Mexiko City und eins in Guadalajara - nicht mehr. Der Vorstand des Instituts droht mit Schließung, wenn die ortsansässigen deutschen Mitarbeiter in Mexiko auf tarifgerechter Bezahlung bestehen. Der extra aus München eingeflogene Tarif- und Arbeitsrechtsexperte des Goethe-Instituts versucht zur Zeit in Mexiko, die deutschen Mitarbeiter zum Abschluß von Auflösungsverträgen zu "überreden". Verträge zu ortsüblichen, d.h. wesentlich schlechteren Konditionen, dürfen neu abgeschlossen werden. Die GEW kritisiert diesen Vorgang scharf als "arbeitsrechtliche Willkür" und "offensichtlichen Mangel an Rechtskultur" des Goethe-Instituts. Hintergrund dieses Vorgehens gegenüber den etwa 20 deutschen ortsansässigen Mitarbeitern bilden langwierige rechtliche Auseinandersetzungen der dortigen Mitarbeiter ohne deutschen Paß. Eine Bezahlung aller deutschen und nichtdeutschen Mitarbeiter nach BAT-Tarif ist dem Goethe-Institut zu teuer.

(koc)

MELDUNGEN



77 Burlesque 1936

Nr.213, S.14.). Ihr aktuelles Wahl-Elaborat formuliert dies anders, es spricht von einem "organisatorischen und politischen Reiffall".

Unsere journalistische Sorgfalt gebietet es daher, auf die doch erheblichen Diskrepanzen aufmerksam zu machen. Wir fragen besorgt:

- Wieso hat uns die Juso-Hsg. nichts von ihrem plötzlichen Meinungswechsel mitgeteilt? Kam er zu schnell? Wußte Uwe beim Gespräch mit uns noch nichts davon? Sind die Jusos innerlich zerstritten?

- Nach ihrer nicht eben zurückhaltend lancierten Überschrift stehen die Jusos derzeit "unter Volldampf". Drei Seiten später heißt es, sie seien in der KU-Vorbereitung bössartig "ausgegrenzt" worden. Wer könnte echte Volldampf-Jusos ausgrenzen? Wieso haben sie im Gespräch mit AKUT nicht ihr Herz ausgeschüttet?

- Ist es abwegig zu vermuten, daß eine KU, frei nach dem Motto "denn nur wo Juso draufsteht, ist auch Juso drin", nur dann akzeptiert wird, wenn sie unter Juso-Hegemonie stattfindet? Daß sie sich ansonsten in ihren Publikationen ausweinen, um Trost in Form von Wählerstimmen zu erhalten? In einschlägigen Politikreisen macht bereits das Kürzel 'NRW'- Neue Revisionistische Weierlichkeit die Runde. Warum?

Fragen dieser Art sollte eigentlich unser Gruppeninterview klären; sie sind zu wichtig, um im Wahlkampfgetöse unterzugehen. Verwirrung bleibt zurück - wir bedauern dies.



71 André Breton 1936



75 La femme au bras cassé 1937

M E L D U N G E N

Fotos: MAN RAY

MELDUNGEN

BAföG

VIEL EFFEKT DURCH

Nach all den widersprüchlichen Berichten, die im letzten Monat zum BAföG erschienen sind, hier nun die erste allumfassende und tiefgründige Darstellung. Wer bisher eher verwirrt war oder das Gefühl hatte, nicht alle Informationen mitbekommen zu haben, wird endlich klar sehen. Denn alle Begriffe sind anschaulich erklärt; ob Regelsatz oder DSW, wer diesen Artikel gelesen hat, kann wieder mitreden.

Der Anteil der BAföG-Empfänger an allen Studenten ist laut der "11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes (DSW)" von 37% 1982 auf 27% 1985 gesunken, also um 10 Prozentpunkte oder, bezogen auf den Anteil der Geförderten, um mehr als ein Viertel zurückgegangen.

Aber schon um diese Berechnungsmethode gab es Streit. BAföG-berechtigt sind nur Studenten, die unter 30 sind, sich im Erststudium befinden, nicht über die Förderhöchstdauer hinaus studieren und deren Eltern ihnen das Studium nicht allein finanzieren können. Läßt man den Aspekt der finanziellen Situation der Eltern weg, so erhält man eine Gruppe von Studenten (unter 30, im Erststudium..., s.o.), unter denen sich alle BAföG-Empfänger befinden. Den Anteil der BAföG-Empfänger in dieser Gruppe will das Bildungsministerium genannt haben. Damit wird die Forderung nach Anhebung der Förderhöchstdauer aber aus der Statistik ausgeklammert; eine Manipulation also. Aber Pech für

das Ministerium: Bei der von Ministerin Wilms geforderten Berechnung ist zwar der Anteil der BAföG-Empfänger höher, aber genauso stark gesunken, von 48% 1982 auf 35% 1985, also um 13 Prozentpunkte oder, bezogen auf den Anteil der Geförderten, wie bei den Zahlen des DSW um mehr als ein Viertel zurückgegangen.

Nächster Streitpunkt war die Anhebung der Bedarfssätze. Nachdem in der Presse von seiten des DSW sowohl wie vom Bildungsministerium von einer Erhöhung um 3% gesprochen worden war, da der Regelbedarfssatz von 690 DM auf 710 DM angehoben wird, sprach Frau Wilms plötzlich von einer Erhöhung um 4%. Grund dafür war wieder eine Änderung der Bezugsgröße. Denn, anders als selbst im Bericht der Bundesregierung zum BAföG vom 2. Dezember, der wie das DSW die Regelbedarfssätze vergleicht, gab Ministerin Wilms die Erhöhung des Höchstfördersatzes an. Der steigt von derzeit 788 DM auf 823 DM, also sogar um über 4%. Diesen Höchstfördersatz erhalten aber nur Studenten, die eine extrem hohe Miete zahlen und

außerdem selbständig versichert sind, mit einem Monatsbeitrag von mindestens 55 DM; also Studenten, die eine höhere finanzielle Belastung tragen als es "die Regel" ist. Diese Mehrbelastung wird aber nur zum Teil ersetzt, sodaß die mit dem Höchstfördersatz geförderten Studenten, die im übrigen nur eine verschwindend kleine Minderheit unter den BAföG-Empfängern darstellen, im Endeffekt schlechter dastehen als die nach dem Regelbedarfssatz geförderten. Die Erhöhung des Regelbedarfssatzes ist mit 3% erneut niedriger als der Anstieg der Lebenshaltungskosten, der von Herbst '84 bis Herbst '86 laut Bericht der Bundesregierung vom 2.12. 4% betragen wird. Ministerin Wilms behauptet in der Presse das Gegenteil.

Das DSW forderte die Bundesregierung auf, den Regelbedarfssatz so zu erhöhen, daß er der Preissteigerung von 1982 bis 1986 gerecht wird. Die liegt, wie man sich aus einer Statistik im Bericht der Bundesregierung errechnen kann, bei 10,8%. Würde der Regelbedarfssatz von 1982 660 DM um 10,8% erhöht, müßte er ab Herbst '86 731 DM be-

tragen. Die Behauptung des parlamentarischen Staatssekretärs im Bildungsministerium, Anton Pfeifer, das DSW habe bei dieser Forderung die Anpassung der Bedarfssätze von 1984 außer acht gelassen, ist falsch; diese Anpassung ist für die Forderung des DSW gar nicht relevant. Wenn man den Regelbedarfssatz, der 1971 420 DM betrug, dem Anstieg der Lebenshaltungskosten seitdem anpassen würde, käme man auf einen Bedarfssatz von 802



STRAFFEN UND DRAPIEREN

DM; die Forderung des DSW ist also durchaus nicht extrem. In diesem Zusammenhang muß noch erwähnt werden, daß das DSW nicht mit der Bundesregierung übereinstimmt, die den Bedarf eines Studenten mit dem (derzeit angenommenen) der Renten- und Sozialempfänger vergleicht. Das DSW hat für Studenten einen eigenen Bedarf errechnet, der u.a. die Lernmittel mitberücksichtigt. Dieser Bedarf liegt bei 974 DM. Das DSW hat aber nie gefordert, das BAFöG auf diesen Betrag zu erhöhen, unter anderem weil über zwei Drittel der Studenten, also keineswegs nur die BAFöG-Empfänger, nur weniger Geld zur Verfügung haben.

Um einige der von mir genannten Zahlen zu erhalten, müßte ich mich nun zwischen verschiedenen Statistiken im Bericht der Bundesregierung herumschleichen. So, wie die Statistiken im Bericht erscheinen, sagen sie teilweise sehr wenig aus. Das bedeutet: um mit Statistiken zu manipulieren, braucht man sie gar nicht zu fälschen. Es genügt sie verkleinert aufzustellen und dann keine Konsequenzen daraus zu ziehen.

Umstellung auf Darlehen

Im Bericht der Bundesregierung vom 2.12. gibt man sich große Mühe, den Rückgang der Gefördertenquote mit der "Sparpolitik von 81" zu erklären, z.B. "genauere Erfassung von Einkommen" und "schärfere Anrechnung des Einkommens". Die glorreiche "Verbesserung der Leistungsparameter durch das 8. BAFöG-Änderungsgesetz" vom Mai '84 konnte sich gegenüber der "Sparpolitik" "noch nicht auswirken" und die "Behauptung, der Rückgang der Gefördertenquoten beruhe entscheidend auf der vollen Umstellung auf Darlehen ... läßt sich nicht

aufrechterhalten."

Anstatt im einzelnen auf die Begründungen der Bundesregierung einzugehen, soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß diese Begründungen im Widerspruch zur Absicht der Bundesregierung stehen, Studenten vom Studium abzuschrecken. Diese Absicht erkennt man ja auch aus der verstärkten Propaganda, statt eines Studiums eine Lehre zu beginnen.

Der Vergleich der Ausbildungsförderung in der Bundesrepublik mit der in anderen Ländern fällt nicht so positiv aus, wie es von der Bundesregierung bisher immer dargestellt wird. Eine Studie, die die Bundesregierung beim DSW in Auftrag gegeben hat und die in ca. vier Wochen erscheinen soll, vergleicht die Ausbildungsförderung in acht Ländern. Peinliches Fazit: Die Bundesrepublik ist das einzige Land mit reiner Darlehensförderung. In Großbritannien und Österreich z.B. gibt es eine reine Zuschußförderung; und Schweden, das seit zwanzig Jahren zu 90% mit Darlehen fördert und daher von der Bundesregierung oft zum Vergleich herangezogen wird, stellt sich als nicht vergleichbar heraus. Dort besteht nämlich keine Unterhaltspflicht seitens der Eltern, was bedeutet, daß praktisch jeder förderungsberechtigt ist. 95% aller Studenten nehmen diese Förderung (bei der die Sätze im übrigen bedarfsdeckend sind) auch in Anspruch. Das bedeutet, daß das Problem der hohen Schulden der Studenten einen ganz anderen gesellschaftlichen Stellenwert hat. Die Arbeitgeber der Akademiker wissen z.B., daß diese verschuldet sind und berücksichtigen das bei den Gehältern. Dennoch gibt es in Schweden verstärkte Tendenzen, zu einem höheren Zuschußanteil überzugehen.

Die Zinsfreiheit des Darlehens, die es tatsächlich nur in der Bundesrepublik gibt und auf die mit Stolz verwiesen wird, wirft dann allerdings noch ein weiteres Problem auf. Der reale Wert des Darlehens sinkt bis zur Rückzahlung enorm. Berücksichtigt man nun, daß die Rückzahlung zudem einen immensen Mehraufwand an Verwaltung bedeutet, kann man sich vorstellen, daß die Ersparnis gar nicht so groß ist. In einem Gutachten (das sich allerdings damals noch auf die Förderung mit Teildarlehen bezog) ist der Bundesrechnungshof schon 1979 zu dem Schluß gekommen, die

"Förderung mittels zinsfreier Darlehen könne bei finanzwirtschaftlicher Betrachtungsweise nicht empfohlen, unter kapitalwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht vertreten werden." Leider ist das Gutachten vertraulich. Meine Informationen stammen aus einer Stellungnahme der damaligen Bundesregierung, die das Gutachten ablehnt. Die Gründe für die Ablehnung sind nicht überprüfbar, denn dazu wäre das Gutachten notwendig.

SCHLUBBEMERKUNG

Ich habe es als äußerst schwierig empfunden, diesen Artikel zu schreiben, besonders den Teil, wo es um Zahlen und Statistiken geht. Was kleine Änderungen bei Zahlen oder Berechnungsmethoden bedeuten, ist oft mir langwierig zu erklären; das hat auch dazu geführt, daß ich einige interessante Details weggelassen habe. Aus den erwähnten schwierigen Bedingungen ergab sich für mich die Folgerung, daß es sehr schwer ist, mit Zahlen zu tricksen; denn eine Richtigstellung ist so kompliziert, daß sie von den Lesern nicht mehr so ohne weiteres verstanden wird, und das wiederum bedeutet, daß die falsche Meinung, die durch die falschen Zahlen entstanden ist, nicht mehr korrigiert werden kann.

Karen

*

Der Neubeginn wurde uns verordnet, die Demokratie war ein Import wie der Kaugummi. Wir lutschten beides, brave Kinder der Reeducation und der Restauration. Und unser Experiment wurde ein großer Erfolg. Jedenfalls ökonomisch. Die weltpolitische Lage gewährte unserem Aufbauwillen, was sie unserem Eroberungswillen versagt hatte: Wohlstand und Weltrang. Wir blieben dennoch untertänig, apolitisch und provinziell, lehnten uns ergeben an das mächtige Amerika wie an einen großen Bruder und machten seinen neuen Feind zu dem unseren, oder besser: er durfte unser Feind bleiben. *hier* brauchten wir nicht umzulernen.

So lebten wir die bewährten deutschen Tugenden. Fleiß, Sauberkeit und Disziplin. Und dumpfe Gemütlichkeit, hart am Rande der Barbarei. Fromm waren wir natürlich auch, und anständig; eben »für saubere Leinwand«, im Kino wie im Bett. Und so demokratisch, daß wir uns mit der Existenz einer Opposition, zumal einer außerparlamentarischen, schwer abfinden konnten. Sicher wäre alles auch so ordentlich geblieben, wenn diese Pinscher, Miesmacher, Nestbeschmutzer nicht dauernd von Auschwitz und Vietnam geredet hätten, gegen die Notstandsgesetze und sogar für die Anerkennung der DDR...

(Karl Markus Michel, Bd. 1, S. 11f.)

... zu den angesprochenen Pinschern und Nestbeschmutzern gehörten sicherlich auch die Autoren des 1965 von HANS MAGNUS ENZENSBERGER gegründeten "Kursbuch" das seit dieser Zeit das Diskussionsforum für Linksintellektuelle darstellt. Grund für die Redaktion im Jahr des 20-jährigen Bestehens eine die Bewegung der Republik von 1965 bis 1984 kritisch begleitende Chronik herauszugeben. Die ersten Kursbücher sind seit langem vergriffen, auch der Reprint der ersten Jahrgänge bei 2001 ist nur noch im Antiquariat erhältlich. Da kommt die in zwei Bänden zusammengefaßte *creme de la creme* von 20 Jahren KURSBUCH sehr gelegen.

Die von der "Lust an der Kontroverse" (so KARL MARKUS MICHEL) gekennzeichneten Artikel sind in 5 Kapitel unterteilt, deren Überschriften zudeutlich das Auf und Ab jüngster linker Geschichte dokumentieren :

I CDU-Staat

II Aufbruch

III Roll back (staatliche Repression, Rückzug ins Private)

IV Neue Bewegungen

V Wiederkehr des Alltages

Wie tröstlich zu erkennen, daß nach diesem Bewegungsbarometer die nächste Revolte vor der Tür steht. Das Lamentieren über eine

genormte und gestylte Jugend '86 kann also den SHELL-Jugendforschern und frustrierten linken Soziologen überlassen werden.

Denn schon die Jugendrevolten 1981 waren "wissenschaftlich nicht vorgesehen und von den Journalisten nicht eingeplant", wie JÖRG BOPP (Bd.II S.185) feststellte.

BEWEGUNG IN DER REPUBLIK 1965-1984 EINE KURSBUCH CHRONIK

HERAUSGEGEBEN VON INGRID KARSUNKE UND
KARL MARKUS MICHEL

BAND 2
NEUE BEWEGUNGEN UND WIEDERKEHR DES ALLTAGS

ROTBUCH VERLAG BERLIN • AUS DER REIHE

Sie besaßen "die Unverfrorenheit, trotzdem auszubrechen. Die protestierenden Jugendlichen schieben die Drehbücher beiseite, in denen die Experten den Verlauf ihres Lebens bereits festgelegt hatten. Manche ebenso fleißige wie wortreiche Abhandlung wurde über Nacht zur Makulatur. Vielen Beobachtern sind jene getarnten Taktiken des Überlebens und des Widerstandes entgangen, die viele Jugendliche schon seit Jahren anwandten, um sich unter einzwängenden Bedingungen ihrer Haut zu wehren, ohne eine offene Konfrontation mit der etablierten Macht riskieren zu müssen. Die verdeckten Formen der Widerspenstigkeit werden jetzt teilweise zur offenen Revolte
Klangvolle Namen wie ENZENSBERGER, MARTIN WALSER, PETER WEISS, FC DELIUS, REINHARD LETTAU und UWE JOHNSON verdeutlichen, warum das KURSBUCH schon bald zum Aushängeschild linker politischer Kultur zählte.

Oft wird eine kritisch-distanzierte Haltung eingenommen, die mitunter zuwenig auf Eingriffe und Veränderung gerichtet ist. Doch vielleicht hat das Kursbuch als Instanz gerade deswegen überlebt, weil es sich nach der Zersplitterung der antiautoritären Bewegung an keine Gruppe oder Organisation angebunden hat. Auch wenn viele frustrierte und desorientierte 68er sich vom Kursbuch Lösungen erhofften, die Auflage Anfang der 70er in Höhen von 100 000 schnellte, haben die Schreiber weder Illusionen verbreitet noch krampfhaft an linken Dogmen festgehalten.

Schon 1967 räumte BAHMAN NIRUMAND gehörig mit den Vor-

stellungen einer gesellschaftsverändernden Rolle einer zufriedenen "progressiven Intelligenz" auf:

"Dem Gast sei gestattet, nach der falsch gestellten Weiche zu suchen. Die Anstrengungen der Aufklärung gabeln sich an einem zentralen Punkt: Bei dem entscheidenden Moment nämlich, in dem es gilt, den Gedanken der Aufspaltung des Bestehenden zu konkretisieren, den Status quo auch dem gemeineren Verstande als Unterdrückung plausibel zu machen, versagt die Kommunikationsfähigkeit, und mit der Bewegung des scheuenden Pferdes läuft der freie Gedanke in die Reihe der eingeweihten Geister zurück. Die Schwierigkeit liegt also darin, die Abstraktheit als die Sphäre von Ideologie, wo diese ihre geringste 'Differenz' in dem oben erläuterten Sinn erreicht hat, so zur Sprache zu bringen, daß sie einem Verstand einleuchten kann, der in einem von sei es noch so geisterhafter Konkretion umstellten Alltag sich ein verständliches Ressentiment gegen den 'Geist' gebildet hat und der wenig mehr an Sprache versteht, als die er selber spricht.



Weil nichts an die Masse direkt gerichtet wird, hält sich dort ein trübes Bild aus älteren Zeiten: die Linksintellektuellen, die Nestbeschmutzer, die ewigen Nörgler, die Kommunisten, die Nein-Sager. Kein Funke springt über. Die einen haben ihren guten Ruf und ihre Feinde ein gutes Gewissen."

(Bd. 1, S. 43ff.)

Vor allem der erste Band erscheint trotz vieler, heute noch gültiger Erkenntnisse als Sammlung von historischen Dokumenten. Die Sprache beispielsweise eines BERND RABEHL und eines RUDI DUTSCHKE wirken heute fast komisch. Auch manche der be-

schriebenen Phänomene wie das Entstehen einer ausgeprägten linken Kneipenkultur oder das Problematisieren der "Lust am Haben" sind nur angesichts der revolutionären Ansprüche der damaligen Studenten zu verstehen.

Leider inzwischen auch anachronistisch, doch viel nachvollziehbarer sind die Artikel vom Ende der 70er, wenn z. B. BENNY HÄRLIN in seinen Studien zur Berliner Hausbesetzerbewegung den Mythos von "unserer Power" beschreibt:

"Unsere Power ist aber nicht das sportliche Erfolgserlebnis gegenüber der Staatsmacht: wir tun etwas und reden nicht nur. Das Haus wird wieder bewohnbar gemacht. Das Engagement ist sicher, handfest, pragmatisch. Ein öffentlicher Mißstand wird kritisiert und zugleich ein anerkanntes eigenes Bedürfnis realisiert. Wir machen keine Stellvertreterpolitik... Und unsere Power ist auch die Erfahrung, daß Erfolg als solcher Sympathie schafft. In dieser Sympathie steckt die Identifikation mit dem frechen David, der gegen Goliath antritt.

Diese Erfahrung war bisherigen Protestbewegungen nur selten beschieden. 'Schön und gut, aber wie wollt ihr das denn durchsetzen?' war häufig die Frage, mit der eine Diskussion praktisch beendet war. Denn 'ja, aber man muß doch' leuchtet nur Leuten ein, denen Politik mehr eine moralische Betätigung als eine pragmatische ist. Band 2, S. 180.

Der größte Wert einer derartigen Chronik ist die Vermittlung eines Gefühls von Geschichtlichkeit. Bei immer kürzeren Generationswechseln innerhalb der Linken (Engagement - Frustration - Anpassung) kann sie helfen, Erfahrungen und Wissen zu dokumentieren und zu speichern, Linken 1986 zu ermöglichen, über den Tellerrand einer trostlosen aktuellen Situation zwischen KOHL, RAU und PETRA KELLY zu schauen.

Unser Problem wird auch in Zukunft sein: "parteilich bleiben - ohne parteigläubig zu werden; uns bei- ren lassen können - ohne daran irre zu werden; unseren Kopf zu gebrauchen - ohne den dafür so wichtigen Spiel-Raum zu verlieren; unsere Phantasie spielen lassen - ohne dabei ins Phantasieren zu kommen; schließlich langsam und beschwerlich den aufrechten Gang lernen, damit wir eines Tages unsere ideologischen Krücken im hohen Bogen auf den Müll werfen können."

(Christian, Angaben zur Person, 1978, Band 2, S. 136/7)

Bewegung in der Republik 1965 bis 1984. Eine KursbuchChronik. Rotbuch-Verlag 1985. 2 Bde., zus. 48 DM

Wolfgang Kaleck

"WIRD ER BLÖD SEIN,

"Hirntod"

literarisch-

die

endgültige

Operation

"In seinem dreißigsten Lebensjahr trat er in die neurochirurgische Abteilung des Städtischen Krankenhauses als Assistenzarzt ein. Die Idee der Medizin: die bedingungslose Bereitschaft zum Angriff auf das Kranke schien ihm hier am reinsten erfüllt. Erst spät begriff er, daß jeder Angriff auf das Kranke im Körper ein Angriff auf den kranken Körper und somit unzulässig ist. Diese ungeheure Lehre sollte ihm in diesem Hause erteilt werden."

Mit einem unguten Gefühl "im Bauch", in überdeutlichen Bewußtsein der eigenen Wissenslücken, aber doch voller Erwartungen tritt "er" die Assistenzarztstelle an. Personen und Orte bleiben unbenannt.

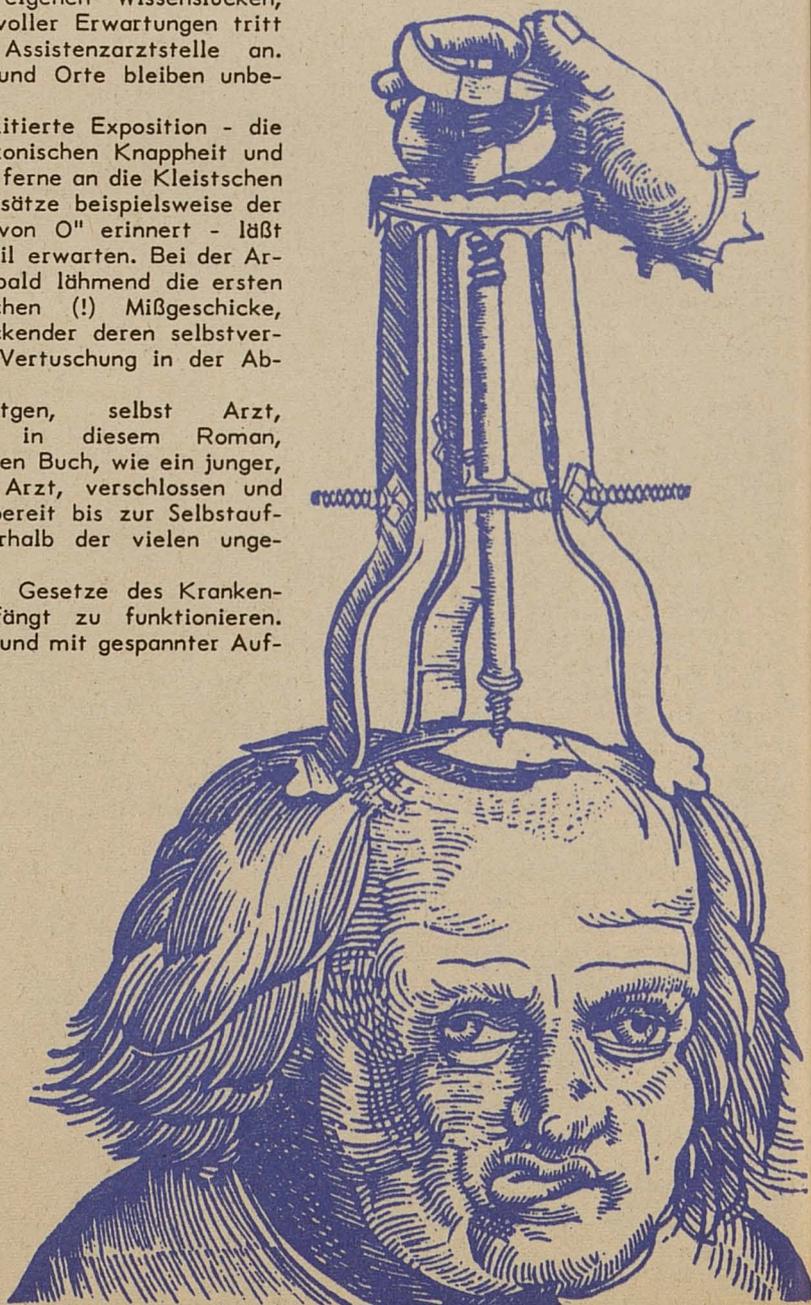
Die oben zitierte Exposition - die in ihrer lakonischen Knappheit und Dichte von ferne an die Kleistschen Einführungssätze beispielsweise der "Marquise von O" erinnert - läßt schon Unheil erwarten. Bei der Arbeit dann bald lähmend die ersten handwerklichen (!) Mißgeschicke, noch erstickender deren selbstverständliche Vertuschung in der Abteilung.

Meyer-Hörstgen, selbst Arzt, beschreibt in diesem Roman, seinem ersten Buch, wie ein junger, unsicherer Arzt, verschlossen und anpassungsbereit bis zur Selbstaufgabe, innerhalb der vielen unge-

schriebenen Gesetze des Krankenhauses anfängt zu funktionieren. Unterkühlt und mit gespannter Auf-

merksamkeit erzählt Meyer-Hörstgen von der lautlosen Einreihung eines Neuen in die Hierarchie, an deren Spitze unerschütterbar der Professor thront.

Dieses Thema ist nicht neu. Umso größer ist die Leistung Meyer-Hörstgens, der grausam klar und auch packend die Situation der "im Kopf" erkrankten Patienten der Neurochirurgie schildert, ihren Status hilflosen Ausgeliefertseins an bisweilen auf obskure Art entstandene ärztliche Befunde. Entlarvend sind die geheimen Befürchtungen der unterwürfig-arrogant die Ärzte mit Fragen bedrängenden Verwand-



WENN ER LEBT?"

schaft der Patienten:

"Er hätte ihr sagen können, daß nach seiner Einschätzung an komplikationsloses Sterben überhaupt noch nicht zu denken war, daß das Furioso der Apparate und Hände ja noch ausstand. Dabei spürte er, daß die Frau etwas Bestimmtes von ihm wollte, ohne dafür die Worte zu finden (...). Wird er leben? Wird er blöd sein, wenn er lebt? Werden vielleicht all die Peinlichkeiten auf mich zukommen, denen Angehörige eines Verblödeten nicht entgehen können?"

Die Metzger-Manier der Operateure, die sich in grotesker Respektlosigkeit an den Gehirnen Kranker vergreifen, wird durch das sorgfältig ausgeübte chirurgische Hand-Werk nur mühsam verdeckt. Meyer-Hörstgen müht seinen Lesern, zumeist sicherlich Laien und immer potentiell Kranken, mit seiner schmucklosen, offenen (um nicht das hier abgeschmackte "sezierend" zu verwenden) Sprache viel zu. Nur selten geht die Wut mit ihm durch und der Haß eines bedeutungslosen Jungmediziners, der sich anfänglich noch einen minimalen Rest eigener Würde hatte bewahren wollen; der die tödlichen "Kunst"-fehler genau registriert, die Anmaßung der bewußt den Tod in Kauf nehmenden operationsgierigen Ärzte - die ja ein festgelegtes Maß an hinter sich gebrachten Operationen vorweisen müssen, um in ihrer Ausbildung weiterzukommen -; ihr gegenseitiges kriecherisches Belauern, ihre Unmenschlichkeit, die in der Mißachtung der Toten zum Ausdruck kommt: bereits Gestorbene "wurden durch die Beatmungsmaschine aus Gründen der ärztlichen Reputation noch einige Tage am 'Leben' gehalten, damit sich im Bewußtsein der Angehörigen die Operation noch als zunächst gelungen festsetzen" kann. Die emotionslose, niemals larmoyante Sprache Hans Meyer-Hörstgens entwickelt einen Sog, der die beschriebenen Ungeheuerlichkeiten nur scheinbar entschärft. Kein Wort zuviel.

Jutta Koch

Hans Meyer-Hörstgen, Hirntod Roman, suhrkamp 1985, 20 Mark

Psychiatrie in der BRD

Das vorgestellte Buch scheint mir aus den oben genannten Gründen sehr lesenswert zu sein.

Darüberhinaus stößt es gerade durch die unverhüllt grausame Genauigkeit, mit der dort Operationen am Gehirn Kranker geschildert wird, die Leser auf die wesentlich humanere, nichtoperative Alternative. Die psychiatrische Versorgung in unserem schönen Lande des dichten sozialen Netzes steckt allerdings in einer tiefen Krise.

Und damit hat es angefangen: Man erinnere sich vage - im letztjährigen Sommerloch wurde an das zehnjährige Jubiläum des Untersuchungsberichts der Psychiatrie-Enquete erinnert, die der Bundestag

eingesetzt hatte, um eine aktuelle Basis für die Diskussion über die Psychiatrie in der Bundesrepublik zu erhalten.

Dieser Enquete-Bericht hatte 1975 beträchtliches Aufsehen erregt, weil er gravierende Mißstände zum einen in der stationären Versorgung von Psychiatriepatienten feststellte.

Das Wichtigste an diesem Bericht war, daß die öffentliche Aufmerksamkeit auf die schwerwiegenden Mängel psychiatrischer Hilfe außerhalb der Klinik gelenkt worden war, also auf das, was seither so entlarvend wie schwammig unter "komplementäre Dienste" firmiert: Dazu gehören therapeutisch begleitetes Wohnen, "beschützte" Arbeitsformen, Patientenclubs.

1975 wurden, nicht zuletzt dank des publizistischen Drucks, etliche Finanzierungsprogramme von Bund und Ländern aufgelegt, um die begleitenden Maßnahmen und die dazugehörigen Institutionen - die

sich in der Regel nicht selbst tragen - (mitzu-)bezahlen. Die meisten dieser Programme hatten allerdings eine auf zehn Jahre beschränkte Laufzeit. Die von den öffentlichen Finanzspritzen abhängigen Einrichtungen hängen seit dem 1. Januar in der Luft.

Die Männer und Frauen, die Phantasie und Kenntnisse investieren, um den Psychiatriepatienten eine Lebensform zu ermöglichen, die etwas mit "freier Selbstbestimmung" zu tun hat, haben selbstverständlich einen Anspruch auf adäquaten Lohn. Fast genauso dringend brauchen sie ebenso wie die Betreuten die grundlegende Sicherheit, daß die Gelder weiter fließen werden, um kontinuierlich und in Ruhe zu arbeiten.

Andererseits wären bzw. sind die Psychologen, Ärzte, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen gezwungen, in rigider Selbstausbeutung nach schlechter alternativer Manier für ein Taschengeld ein Minimum an psychiatrischer Versorgung aufrechtzuerhalten.

Wird die Kürzung dieser Gelder nicht schnellstens rückgängig gemacht, wäre das zutiefst inhuman und auch kurzsichtig. Und merkwürdig gehandelt gerade von einer Regierung, die stets vollmundig generationenübergreifenden familiären Zusammenhalt propagiert. Ein wünschenswertes Ergebnis wäre die möglichst freie Lebensgestaltung der Betroffenen. Abgesehen davon - ist das nicht ein schlagendes Argument für unsere rechtsgewirkten Sozialpolitiker? - ist eine nichtstationäre Unterbringung von Psychiatriepatienten langfristig billiger.

Jutta Koch

ANZEIGE

Der Indienspezialist

Reisebüro Silvester



Flugreisen - weltweit

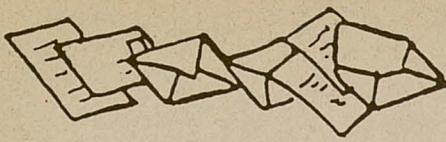
Angebot für Kurzentschlossene!

- | | | | |
|----------|-------------|-------------|--------------|
| • USA | ab DM 798,- | • Ceylon | ab DM 1195,- |
| • Israel | ab DM 769,- | • Indien | ab DM 1350,- |
| • UdSSR | ab DM 778,- | • Kuba | ab DM 1395,- |
| • Canada | ab DM 935,- | • Brasilien | ab DM 1499,- |

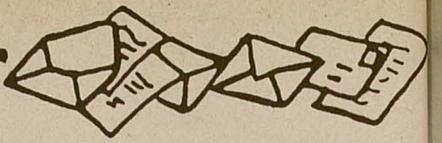
(alle Preise hin und zurück)

Neue Anschrift zum Weitersagen oder Weitergeben!
Bornheimer Straße 102 (Mo.-Fr. 9-18 Uhr)

Bonn · Telefon (02 28) 63 11 01



LESERBRIEFE



Betr.: Artikel "Der Sit-In und der Antisemitismus" in AKUT Nr. 213, Seite 6-9, Dezember 1985

Liebe Jutta,
als erstes möchte ich mich bei Dir bedanken dafür, daß Du dieses Thema in AKUT angeschnitten hast, obwohl ich einige kritische Anmerkungen machen möchte: Ich gehöre nicht zu den 10 000 Lesern des Buches zum Theaterstück "Der Müll, die Stadt und der Tod", ich möchte mich auch nicht zu der Qualität dieses Werkes äußern, sondern zu Deinen Äußerungen über den Antisemitismus in diesem unseren Lande.

a) Du nimmst R.W.Faßbinder vor dem Vorwurf des Antisemitismus in Schutz, indem Du seine Homosexualität anführst, die ihn zu einem Angehörigen einer der Gruppen macht, die im Dritten Reich der Verfolgung durch die Nazis ausgesetzt war. Jetzt sag mir doch bitte mal, wie es im Dritten Reich mit der Verfolgung der Sozialdemokraten und anderen Linken aussah?

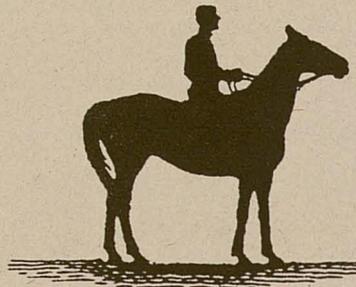
b) Du wirfst "der Linken" einen latenten Antisemitismus vor, der mit dazu beiträgt, daß sich Juden in Deutschland unwohl fühlen müssen, weil sie Angst vor einem Ausbrechen offener Gewalt gegen die Juden haben.

Ich möchte hier nun etwas weiter ausholen: Die Juden sind in Deutschland eine Minderheit, die sich keinerlei Mühe gibt, den Versuch zu unternehmen, zu einer Aussöhnung mit den Deutschen zu kommen. Angebote hierzu von deutscher Seite gibt es oft genug. Stattdessen kann es sich ein ehemaliger Bomben-Terrorist, der es in Israel zum Ministerpräsidenten gebracht hat, leisten, einen deutschen Bundeskanzler öffentlich zu beleidigen. Gleichzeitig begründen die Juden in Israel ständig wachsende finanzielle und militärische Forderungen mit der Schuld der Deutschen, die diese doch bitte auf diesem materialistischen Weg abzutragen haben. Gleichzeitig macht man unmißverständlich klar, daß diese Schuld immer erhalten bleibt.

Dieses Prinzip unterstützt Du, indem Du den Juden das Recht auf eine irrationale Furcht gibst, die sich angeblich aus jahrhundertalter Erfahrung nährt. Das politische Handeln von Juden in Israel muß Gegenstand der politischen Diskussion sein können. Ich habe nichts gegen Juden, und ich sehe die Schwierigkeiten in der Beziehung zwischen Deutschen und Juden, dennoch kann ich es nicht akzeptieren, daß sich eine überaus radikale Volksgruppe zum Moralrichter über die Deutschen aufspielt. Jemand, der sich sehr viele Rechte heraus-

nimmt, hat auch eine erhöhte Zahl an Pflichten. Wird dies von den Juden nicht akzeptiert, so ist die Gefahr eines steigenden Antisemitismus größer, als durch ein einzelnes Theaterstück.

Alexander Görbing,
Chemiestudent



Offener Brief

An den Rektor, den Senat und die Kommission zur Vorbereitung der Senatsvorlage einer neuen Grundordnung

Sehr geehrte Damen und Herren!
Mit großer Freude haben wir vernommen, daß die Universität Bonn jetzt endlich eine neue Grundordnung erhalten soll. Da das Wissenschaftliche Hochschulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen den Studentinnen und Studenten dabei gewisse Mitbestimmungsrechte einräumt, möchten wir Ihnen schon jetzt unsere Vorstellungen mitteilen, damit die neue Grundordnung nach der Wahl des Konvents ohne weitere Verzögerung verabschiedet werden kann. Eine Grundordnung, die diese Forderungen nicht enthält, können wir nicht akzeptieren. Die Grundordnung muß durchgehend geschlechtsneutral formuliert werden. Überall müssen die weiblichen Berufs- und Funktionsbezeichnungen explizit erwähnt werden, z.B. "Rektor/in", nicht nur "Rektor". In der Präambel sollen Grundsätze zur Verbesserung der Lage der Frauen an der Universität verankert werden. Wir streben an, daß die Frauen an der Universität in allen Positionen in dem gleichen Prozentsatz wie in der Bevölkerung vertreten sind, d.h. die Hälfte aller Stellen sollte von Frauen besetzt sein (es gibt aber mehr Frauen als Männer, Anmerkung der Setzerin). Um dieses Ziel langfristig zu erreichen, sollen Frauen bei gleichen formalen Voraussetzungen bevorzugt werden (positive Diskriminierung). Damit die Vorurteile der schon an der Universität arbeitenden Männer nicht weiter verhindern, daß mehr Frauen an die Universität kommen, müssen die Berufungs- und Besetzungskommissionen geschlechtsparitätisch besetzt werden. Für die Frauen muß an der Universität eine Möglichkeit geschaffen werden, sich gegen Diskriminierung zu weh-

ren (auch gegen positive? Anmerkung des Diktierenden). Deshalb fordern wir die Einrichtung einer Gleichstellungskommission und der Stelle einer Frauenbeauftragten in der Verwaltung, um die Pläne zur Frauenförderung zu überwachen und Anlaufstelle für diskriminierte Frauen zu sein. Die Gleichstellungskommission wird von den weiblichen Mitgliedern der Universität gewählt und ist viertelparitätisch besetzt. Mitglieder der Kommission sitzen in allen Gremien. Die Kommission entscheidet über die personelle Besetzung des Postens der Frauenbeauftragten. Die Frauenbeauftragte ist über Einstellungs-, Berufungs- und Beförderungsverfahren schon in der Planungsphase zum informieren; sie hat Einblick in alle Akten. Sie hat das Recht, Hochschulangehörige bei nachgewiesener Diskriminierung öffentlich zu rügen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hochschulgremien sollen für die Teilnahme an Sitzungen von ihrer üblichen Arbeit entlastet werden. Überschreitet die Sitzungszeit über einen längeren Zeitraum hinweg, z.B. vier Wochen, eine bestimmte Höchstwochenstundenzahl, z.B. zehn Stunden, so sind die dem Gremium angehörenden Studentinnen und Studenten für den Aufwand finanziell zu entschädigen, da sonst viele Studentinnen und Studenten nicht an diesen Gremien teilnehmen können, weil sie neben dem Studium noch Geld für ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, und die finanzielle Lage des/der einzelnen darf nicht die Möglichkeiten der Mitbestimmung einschränken.

Sitzungen aller Gremien sollen prinzipiell öffentlich sein, und nur auf Antrag können Personalangelegenheiten nicht öffentlich behandelt werden.

die Kommission soll überprüfen, ob das Abitur als einzige Zugangsvoraussetzung zum Studium an der Universität in Bonn noch berechtigt ist. Es sollte geprüft und in der Grundordnung explizit festgehalten werden, welche Abschlüsse als gleichberechtigt anerkannt werden können.

Wir weisen die Kommission darauf hin, ihre Vorschläge zur neuen Grundordnung bereits im Vorfeld auf die Genehmigungsfähigkeit hin zu prüfen. Wir werden energisch protestieren, sollten einige Professoren wieder versuchen, mit Verzögerungstaktiken zu verhindern, daß die Universität eine für alle Gruppen akzeptable Grundordnung bekommt.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an den Fachschaftsrat Physik-Astronomie.

Mit freundlichen Grüßen

Fachschaftsrat Physik-Astronomie

Liebe AKUT-Redaktion!

Daß Ihr Euch dazu durchringen konntet, stärker als bisher hochschulpolitische Themen zum Inhalt Eurer Arbeit zu machen, ist erfreulich. Es ist m.E. auch richtig, die Konzepte der verschiedenen Hochschulgruppen darzustellen, wie die konkrete Studiensituation zu verbessern und Perspektiven für die Hochschulen zu erkämpfen sind.

Leider ist Euch dabei der Blick für das Wesentliche verlorengegangen. Den Versuchen der Rechtsregierung entgegenzutreten, unsere Hochschulen zu formieren - durch sozialen Druck (BAfÖG-Umstellung) und Angriffe auf die Inhalte (Drittmitelforschung) und Struktur (Abbau von Mitbestimmungsrechten, Studienverschärfungen) unseres Studiums und unserer Hochschule - ist genauso Aufgabe einer Studentenzeitung wie die des AStA.

Hättet Ihr Euch mit den fatalen Auswirkungen rechter Bildungspolitik auf unsere Uni befaßt, so hätte eine konsequente Kritik an den rechten Hochschulverbänden, allen voran am RCDS, in der Natur der Sache gelegen.

Stattdessen habt Ihr bei der Vorstellung der HSGs kein politisches Feingefühl erkennen lassen. Juso-HSG zusammen mit dem RCDS unter dem Titel "Parteijugend" vorzustellen, mag zwar die Arbeit der Redaktion kräftig erleichtern, und es kommt wahrscheinlich den Aversionen manch eines gegen die SPD entgegen - einer konstruktiven Auseinandersetzung dient es nicht. Eben weil die Juso-HSG einer der beiden sozialdemokratischen Studentenverbände ist, tritt sie an der Hochschule für eine Politik gegen die Rechtsregierung und deren Klientel auf. Eben weil der RCDS Studentenverband der CDU ist, hat er die Verantwortung für die stete Verschlechterung unserer Studienbedingungen mitzutragen.

In diesem Zusammenhang erscheint es mir auch recht fragwürdig, die Versuche von KOLIBRI, reaktionäre Politik unter dem Deckmäntelchen des Liberalismus zu verstecken, offen dadurch zu unterstützen, daß man diesen Verein unter dem Titel "liberal" vorstellt.

Das größte Ärgernis war für mich jedoch der Artikel "Die traditionelle Linke", der mit dem ein- und halbständigen Interview, das Ihr mit mir geführt habt, nun gar nichts mehr gemein hat.

Ihr unterstellt uns in diesem Artikel, wir vermuteten hinter Reformen nichts anderes als eine Strategie des Kapitalismus, "die Arbeiter zu korrumpieren". Reformen können jedoch Spielräume für weiteres Handeln darstellen und lassen sich auch nur durch konsequentes

Handeln fortschrittlicher Kräfte durchsetzen. Dies hat der SHB immer deutlich gemacht.

Die Behauptung, wir wollten den "Verlockungen" des Kapitalismus eine intensive Schulungsarbeit entgegensetzen, ist aus zwei Gründen völliger Blödsinn. Erstens können wir am Kapitalismus wahrlich nichts Verlockendes erkennen. Zum Zweiten dient unsere Schulung mehr dem Ziel, uns die Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher und historischer Prozesse anzueignen und somit unsere politische Arbeit

optimal auszugestalten. Verlockend ist dabei für uns die Perspektive des Sozialismus.

Übrigens: Unsere Schulung bietet auch die Möglichkeit, die Gestaltung einer Zeitung (vom Lay-out bis zum Inhalt) zu erlernen. Wäre doch mal was für Euch.

Ein "antimonopolistisches Bündnis" läßt sich nicht wie ein Zweimannzelt aufbauen, sondern gestaltet sich in der konkreten Auseinandersetzung, die die demokratischen Kräfte führen. Das Handeln aller und nicht - wie Ihr interpretiert, der Intellektuellen - ist dabei die Meßlatte für unseren Erfolg.

Aus einer Partei, in der wir arbeiten, können wir uns nicht verdrängt fühlen. Wie sich im Einzelfall das Verhältnis zwischen SPD und SHB gestaltet, läßt Sorge dieser Partei und unseres Verbandes sein.

Unverschämt ist die Behauptung, der SHB toleriere nur jene Linke, die für die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten stehen. Ausgemachter Unsinn: Der SHB tritt in allen Bündnisbereichen, insbesondere im Bonner AStA, als die einigende Kraft auf, die Politik auf der Basis des Gemeinsamen entwickelt.

Ich hoffe, Ihr zieht aus meinem Brief positive Konsequenzen. Und wenn es nur die ist, mit Interviewpartnern fairer und sachlicher umzugehen. Mit solidarischen Grüßen

Christoph Schmalenbach
(SHB)



Liebe Redaxe!

In der letzten Ausgabe der AKUT habt Ihr unsere Hochschulgruppe LHV (Liberaler Hochschulverband) genannt. Seit dem 7.12.1985 aber heißen wir bundesweit Jungdemokraten-Radikaldemokratische Studentengruppe.

Diese Namensumbenennung mußte, wie ich finde, folgen, da unsere Arbeit seit Jahren, mehr und mehr radikaldemokratisch ist und radikaldemokratische Themen behandelt.

Wir wollen Demokratie täglich: werktags, sonn- und feiertags. In der Hochschule, im Betrieb, in der Familie... einfach überall. Denn: Eine demokratische Gesellschaft gibt es erst, wenn alle Lebensbereiche demokratisch organisiert sind. In unserer Gesellschaft sind wir hiervon noch weit entfernt: "Demokratie" wird bei uns nur alle paar Jahre gespielt. Dann nämlich, wenn wir wieder ein Kreuzchen bei einer Wahl machen dürfen. In wichtigen Bereichen, z.B. in den Betrieben oder im Konvent ist auch das noch stark eingeschränkt. Und auch an unserer Hochschule reicht die einmal jährlich stattfindende SP-Wahl nicht aus, um wirklich demokratische Prozesse in Gang zu bringen. Sie kann also auch nur als Wahlauftrag an einen linken AStA gelten zu funktionieren und sich nicht selber durch undemokratisches Gehebe lahm zu legen.

Aus diesem Selbstverständnis und der Tatsache, daß der jetzige AStA sich immer weniger an demokratisch gefaßte Beschlüsse hielt (u.a. wurde gegen alle Absprachen und das Votum Eurer Redaktion unser Kandidat für den Posten des Chefredakteurs-Christian Eicke - nicht gewählt) folgte für uns, daß wir am 18. 12. den AStA verlassen haben. Diese Entscheidung konnten weder Ihr noch wir zum letzten Redaktionsschluß wissen.

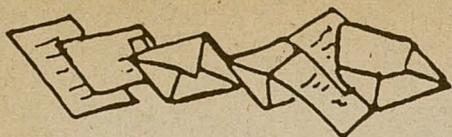
Aus unserem Selbstverständnis, unseren Engagementsbereichen, sei es Grund- und Freiheitsrechte, studentischen Interessenvertretung, Frieden, "3.Welt", Emanzipation oder anderes, folgt aber auch, daß

ich es schon reichlich verdummend finde uns unter einer Überschrift mit sogenannten Liberalen wiederzufinden.

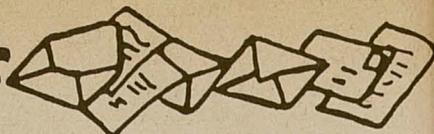
Ein Konservatismus reaktionärer Prägung wie ihn Kolibri, LA und SLH verkörpern steht im totalen Widerspruch zu "Liberal".

Während eine radikaldemokratische Gesellschaftsauffassung einzige Konsequenz einer liberalen Gesellschaftsanalyse und -kritik ist.

Mit radikaldemokratischen Grüßen
Felicitas Grabe



LESERBRIEFE



Liebe Freunde,
in der Akut 213 habt Ihr einige Sätze formuliert, die einer Gegendarstellung bedürfen.

So möchte ich zunächst etwas zum Kapitel "Hochschulpolitik" sagen. Es ist mit Sicherheit sinnvoll, kurz vor der SP-Wahl einmal die hochschulpolitische Szene in Bonn kritisch zu beleuchten, jedoch sollte man von linkslastigen Wertungen, insbesondere tatsachenverdrehenden, Abstand nehmen. Sachlich falsch ist beispielsweise die Darstellung der Entpolitisierung und Entsolidarisierung der Studenten als Ziel der jetzigen Regierung, ebenso wie die Behauptung, die Rechten (gemeint ist der als politischer Gegner meistgefürchtete RCDS) nutzten dieses aus. Der RCDS ist eben nicht der Musterschüler der CDU, was in den kontroversen Positionen in Themen wie BAFöG, HRG und Mediziner-ausbildung zum Ausdruck kommt.

Unter der Überschrift "Positionen" steht, daß die rechten Gruppen nirgendwo Eigenes zur kritischen Universität oder zur Wissenschaftskritik erarbeitet hätten. Diese Aussage ist falsch. Der RCDS hat seit Jahren mit seinen regelmäßigen Jours-fixes ein Forum geschaffen und auch etabliert, in dem auf breitestmöglicher Basis politisch kontrovers diskutiert wird. Der Unterschied liegt lediglich darin, daß der RCDS es ablehnt, seine Veranstaltungen vom AStA, und damit von den Studenten, finanzieren zu lassen. Eine Wissenschaftskritik darf auch nicht heißen, daß man, wie im Vorwort des Programms zur KU gesehen hat, schon vor der Diskussion das Ergebnis, nämlich den ASufruß zum Kampf gegen Staat und Kapital, kennt. Da sollten doch insbesondere sie Jusos ihren eigenen Meyer-A-bich einmal durchlesen.

Um was handelt es sich also? Um eine Wahlkampföffnung im Dezember? Dafür spricht einiges, denn die letzte SP-Sitzung vor Weihnachten brachte es an den Tag: die Akut befindet sich in den Händen linker Demagogen. Was war geschehen? Das erfahrene Redaktionsmitglied Christian Eicke sollte einer vorher abgesprochenen Rotation wegen

wegen zum Chefredakteur gewählt werden, eine Formsache also. Eine Nachfrage ergab, daß der LHV-Abgeordnete Christian auch aktives Mitglied der im Übrigen völlig unpolitischen Burschenschaft Cheruskia zu Bonn ist. Diese Tatsache brachte den ideologisch hochgebildeten Juso Stefan Söldner-Rembold auf den Plan. In einem längeren Vortrag stellte er unter Benutzung interessanter Vokabeln wie "Radikaldemokraten" klar, daß ein Burschenschafter niemals etwas in

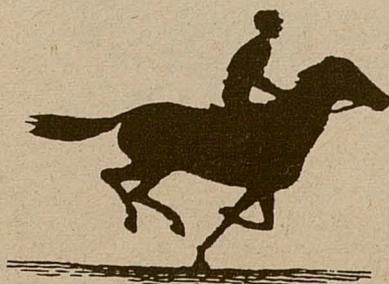
einer Akutredaktion zu suchen hätte, auch wenn er dem LHV angehöre. Dies wäre fast so schlimm wie der Versuch, rechten Gruppen die Entsendung eines Redakteurs zu erlauben. Dieser Affront hatte im Übrigen den Austritt des LHV aus der Linkskoalition zur Folge.

Nun muß ich aber auch noch kurz auf die Reaktionen zu meinem Kommentar zum Physikerartikel eingehen. Da behauptet man, ich hätte die subtile Ironie des Textes nicht verstanden. Mägn sein. Nun haben aber außer mir sehr viele Physiker und die überwältigende Mehrheit der Nicht-Physiker diese Ironie offensichtlich nicht verstanden. Könnte da die Ironie nicht ein wenig zu subtil gewesen und schlicht in Nonsense übergegangen sein? Wie sagte doch das linke Physik-Fachschaftsmitglied (!) Ralf Wurzinger im Störoperator Nr.7, Seite 22 zu diesem Thema unter der Überschrift "Es lebe die Dummheit!": "Nichts ist schlimmer als eine schlechte Ironie!" Zitat Ende. Im Übrigen finde ich die Kreuzesdarstellung auf der letzten Seite äußerst geschmacklos.

Mit freundlichem Gruß
Martin Pohl

Anmerkung der Redaktion:

Wir haben bei unserem Gespräch mit dem RCDS-Vorsitzenden Clemens Betzel mehrmals nachgefragt, ob der RCDS als Bonner Verband Positionen zur Kritischen Uni, zur Wissenschaftskritik, zum aktuellen Streit um die Ordinariatsuniversität oder zur Demokratisierung der Hochschulen erarbeitet hat. Clemens konnte uns keine derartige Position benennen. Diese Tatsache, 11 Monate Schweigen zu wichtigen Auseinandersetzungen an dieser Uni, haben wir dem RCDS Anspruch "Sachpolitik statt linke Ideologie" entgegeng gehalten. Wer also ist hier Wahlkampfdemagoge?



AKUT-Redakteure!

Ihr wolltet Leserbriefe haben; hier habt Ihr einen.

Die Peinlichkeit der letzten AKUT fing schon auf der Titelseite an: Abgesehen davon, daß auch an Herrn Tucholsky das Genitiv-S ohne Auslassungszeichen angehängt wird (siehe Duden), hat sich ersterer am 21.12.1935 und nicht, wie AKUT meint, am 19.12. das Leben genommen.

Munter weiter ging's im Nachrichtenblattinnern: Dafür haben sich Markus Roscher und ich anderthalb Stunden mit AKUT-Redakteuren zusammengesetzt, erklärt, Fragen beantwortet - damit dann in AKUT eine achtzeilige Kritik an KOLIBRI erscheint, mit vorgetäuschten Zitaten, unter aller Kanone. Niemand bei KOLIBRI versteht sich als Interessenvertretung nur der Korporationen; wir vertreten die Interessen aller Studentinnen und Studenten, und wer unsere Flugblätter gelesen, unsere Veranstaltungen besucht, unsere SP-Liste gesehen hat, der weiß das auch. Natürlich müssen sich die etablierten Gruppen verunsichern, wenn ein bunter Vogel die St. Studentenpolitik - bei allen ernsthaften Anliegen - einmal auch etwas leicht nimmt, versucht, freundlich zu sein, Studenten zum Schmunzeln bringt. Doch daran werden wir festhalten - langweilige Gruppen gibt es schon mehr als genug.

Abgesehen davon, daß ich am 23. Oktober noch fraktionslos im SP war, so sind und bleiben meine Äußerungen zu Südafrika und Nicaragua - die ich übrigens uneingeschränkt aufrecht erhalte - meine private Meinung. Für Privatmeinungen, auch konkurrierende, ist bei Kolibri nämlich Platz, wobei sich die Gruppe selbst allgemeinpolitisch nicht äußert - studentenpolitisch

haben wir schon genug zu sagen. Darüber hinaus freut es uns, daß wir anderen Gruppen Schwierigkeiten bei der Einordnung bereiten. Kolibri paßt eben nicht ins Links-Rechts-Schema, weil wir für die Studenten arbeiten - konkret und ohne Parteien und Ideologien.

Zuletzt: Daß die AKUT-Redakteure für die christliche Überzeugung vieler

vieler ihrer Mitstudenten nur hämischen Zynismus übrig haben, wußten wir schon; dazu bedurfte es nicht noch eines neuen geschmacklosen Beweises auf dem Rückentitel der letzten AKUT. In diesem Sinne: Bloß nicht weiter so!

Jörg C. Dietzel,
1. Stv. KOLIBRI-Vorsitzender

Betr.:
Das allgemeinpolitische Mandat
hier: AKUT Nr. 212/213

Verehrte Redakteurinnen,
 Verehrte Redakteure,

Nun erfährt es der Leser des Nachrichtenmagazins der Bonner Studentinnen und Studenten noch einmal aus anscheinend doch berufenem Mund: "Die verschiedenen Konzeptionen für die Struktur der Hochschulen sind von bestimmten politischen Positionen aus entwickelt worden. Dementsprechend kann es den Organen der Studentenschaft nicht verwehrt sein, unter Darlegung dieser Zusammenhänge auch zu den Ausgangspositionen Stellung zu nehmen." So der damalige Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz und Ex-Rektor der Bonner Universität, der Professor für Strafrecht und Strafprozeßrecht Grünwald, in einer acht Punkte umfassenden Stellungnahme aus dem Jahr 1972 zur juristischen Unhaltbarkeit eines Verbotes des allgemeinpolitischen Mandats des AstA, die in AKUT Nr. 212 im Vorfeld der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes sozusagen als "zeitgeschichtliches Dokument" in einer "geschichtslosen" Zeit erneut abgedruckt wurde. Und in einer vorweihnächtlichen Gebrauchsanweisung und Standortbestimmung die Bonner Hochschulgruppen betreffend (AKUT Nr. 213) geht die Aufklärungsarbeit dann seitens der Redaktion unter dem Stichwort "Positionen" weiter: Die Verneinung des allgemeinpolitischen Mandats durch die "rechten" Hochschulgruppen und den SLH, unter Hinweis auf die Struktur der "Verfassten Studentenschaft" als Zwangskörperschaft lasse deren Organe zu "reinen Redoclubs" verkommen und bedeute "die radikale Kastration auf Servicearbeit".

Es fragt sich nur, ob professorale Autorität - vielleicht in Verbindung mit einem Schuß erhoffter Wissenschaftsgläubigkeit, die den Deutschen ja in besonders starkem Maß zu eigen zu sein scheint - und der schnelle Vorwurf der politischen Selbstverwühlung an die Adresse des SLH bereits alle Zweifel an der Berechtigung und Notwendigkeit eines allgemeinpolitischen Mandats der Organe der Studentenschaft ausräumen können.

Das rechtliche Verbot eines allgemeinpolitischen Mandats des AstA - und übrigens auch des Studentenparlaments als weiterem Organ der Studentenschaft - ergibt sich aus §73 des Wissenschaftlichen Hochschulgesetzes NW (WissHG) i.V.m. § 71 WissHG. Nach § 71 Abs.2 Nr.2 WissHG hat die Studentenschaft

unter anderem die Aufgabe, die "hochschulpolitischen Belange ihrer Mitglieder wahrzunehmen und zu hochschulpolitischen Fragen Stellung zu nehmen". Nach § 71 Abs.3 WissHG vollzieht sich "eine über die Aufgaben der Studentenschaft hinausgehende allgemeinpolitische Willensbildung in den studentischen Vereinigungen der Hochschule". Dies sind die verschiedenen politischen Hochschulgruppen. Sowohl der Studentenschaft wie auch ihren Organen hat der Gesetzgeber ein sog. "allgemeinpolitisches Mandat", d.h. eine Berechtigung, zu allen politischen Fragen auch nicht-hochschulbezogener Art Stellung zu nehmen, versagt.

Der bloße Hinweis auf das Gesetz wird von Kritikern des bestehenden Zustandes als hoffnungslos "positivistisch", die gesetzliche Bestimmung selbst als eine Art von "Maulkorberlaß" bezeichnet, die eine Entpolitisierung der Universität fördern wolle (Stichwort: "Servicearbeit"), das Ganze mithin als die Festschreibung eines unzeitgemäßen -weil konservativen- staatsrechtlichen Gedankenguts im universitären Bereich brandmarkt.

Eine voreilige Schlußfolgerung geschätzter Studentenpolitiker oder vielmehr eine zutreffende Feststellung?



Der Hinweis des SLH -sicherlich nicht nur des SLH- auf die Struktur der verfassten Studentenschaft als einer Zwangskörperschaft ist in diesem Zusammenhang entscheidend, wenn auch die AKUT-Redaktion glaubt, leichtfüßig hierüber hinweggehen zu können. Ein an dieser Stelle unerläßlicher weiterer Blick in das Gesetz zeigt,

daß nach dem hier relevanten § 71 Abs.1, Satz 1 WissHG die an der Hochschule eingeschriebenen Studenten die "Studentenschaft" bilden. Die Studentenschaft ist nach § 71 Abs.1, Satz 2 WissHG eine "Gliedkörperschaft der Hochschule". Damit hat der Gesetzgeber die Studentenschaft körperschaftlich organisiert, d.h. als eine Organisation, deren Mitglieder aufgrund staatlichen Zwangs rekrutiert werden und die nicht auf einer freien Gründung beruht. Als mitgliederschäftlich verfaßter, unabhängig vom Wechsel der Mitglieder bestehender, mit Hoheitsgewalt ausgestatteter Verwaltungsträger erfüllt die "Studentenschaft" Aufgaben mittelbarer Staatsverwaltung und zwar im Rahmen der durch das WissHG eingeräumten Kompetenzen. Hierzu gehören neben den bereits genannten hochschulpolitischen Belangen der Mitglieder bspw. auch die Wahrnehmung von kulturellen, fachlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belangen und die Förderung des Studentensports, der in § 71 Abs.2 Nr.5 ausdrücklich genannt wird.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts darf der Gesetzgeber öffentlich rechtliche Verbände mit Zwangsmitgliedschaft -also wie die "Studentenschaft" bspw.- nur bilden, wenn der Verband "legitime öffentliche Aufgaben" erfüllt (BVerfGE 38,281 ff). Legitime öffentliche Aufgaben sind "Aufgaben, an deren Erfüllung ein gesteigertes Interesse der Gemeinschaft besteht, die aber so geartet sind, daß sie weder im Wege privater Initiative wahrgenommen werden können noch zu den im engeren Sinn staatlichen Aufgaben zählen, die der Staat selbst durch seine Behörden wahrnehmen muß" (BVerfGE 38,281).

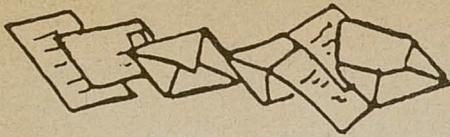
Zwar hat das Bundesverwaltungsgericht (sic!) die Wahrnehmung solcher legitimer öffentlicher Aufgaben durch die "Studentenschaft" bejaht und ausgeführt, daß der grundrechtlich und rechtsstaatlich fundierte Anspruch der Studenten auf Freiheit von unverhältnismäßi-

Bonner Studenten Fahrschule

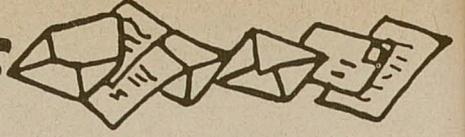
Münsterstraße 17 · 53 Bonn 1 · Telefon 63 41 88

Anmeldung und Auskunft:

Montag und Mittwoch	von 17.00 bis 18.30 Uhr
Freitag	von 9.30 bis 11.00 Uhr
Unterricht Mittwoch	von 18.30 bis 20.00 Uhr



LESERBRIEFE



gen Belastungen durch die Zwangsmitgliedschaft in der "Studentenschaft" nicht verletzt werde (BVerwG in der "Neuen Juristischen Wochenschrift" 1980, 2595), jedoch ist es mit seiner Auffassung auf eine breite Front der Kritik gestoßen. Unlängst ist der Kanzler der hiesigen Universität, Wahlers, in der "Neuen Zeitschrift für Verwaltungsrecht" (NVwZ 1985, 804ff.) mit beachtlichen (und lesenswerten) Gründen zu der Auffassung gelangt, daß die Zwangsrekutierung der Studenten nach den nordrhein-westfälischen Hochschulgesetz und den Hochschulgesetzen anderer Bundesländer im Hinblick auf das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit (Art.9 Abs.1 Grundgesetz GG) und der allgemeinen Handlungsfreiheit (Art.2 Abs. 1 GG) einen "verfassungsrechtlich bedenklichen Formenmißbrauch" darstellte.

Auch wenn etwa die Unterstützung kultureller, musischer und sportlicher Betätigungen zu den (allgemeinen) öffentlichen Aufgaben gehöre und im (allgemeinen) öffentlichen Interesse liege, so sei sie doch keine staatliche Aufgabe. Es sei Sache des Bürgers -des mündigen Bürgers!- zu entscheiden, ob und wie er sich kulturell, musisch oder sportlich betätige.

Die Problematik der Zulässigkeit der Zwangsrekutierung soll hier aber nur angedeutet werden. Viel wichtiger erscheint in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die Forderung eines allgemeinpolitischen Mandats nämlich eine andere Feststellung: Da die verfasste Studentenschaft ein Werk staatlicher Organisation ist, ist sie nach unbestrittener Auffassung nicht grundrechtsfähig. Sie und ihre Organe können sich mithin nicht auf das Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit nach Art.2 Abs.1 GG und der freien Meinungsäußerung nach Art.5 Abs.1 GG berufen, was unverzichtbare Voraussetzung für die Annahme eines allgemeinpolitischen Mandats wäre. Ihr beschränkter Kompetenzbereich, der sie nur im Rahmen der vom Gesetz festgelegten Schranken für handlungs- und rechtsfähig erklärt, hat einen guten und von den Kritikern einmal intensiv zu überdenkenden Grund: Nur aufgrund des begrenzten, also gerade nicht allgemeinpolitischen Mandates der Körperschaft "Studentenschaft" ist eine Mitgliedschaft in diesem staatlichen Zwangsverband überhaupt für den einzelnen Studenten erklärlich und zumutbar.

Die Verneinung des allgemeinpolitischen Mandats durch den Gesetzgeber ist somit Ausdruck eines liberalistischen Staats- und Staatsrechtsverständnisses, welches sich dem simplifizierendem politischem Strickmuster von "rechts" und

"links", von "konservativ" und "progressiv" entzieht. "Das Ziel des Liberalismus ist die freie Entfaltung des Menschen ohne Einwirkung rational nicht-legitimierbarer Institutionen und Autorität in einem Staat, dem kein anderer Zweck zuerkannt wird als der Selbstverwirklichung des Menschen zu dienen, indem er dessen Rechte schützt." (R.K. Hocevar, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie).

Der Liberalismus gründet sich u.a. auf dem Individualismus, der der Individualität gegenüber Ordnung und Gemeinschaft den Vorrang gibt und die Interessen und Werte des einzelnen Menschen betont. Auf diesem Hintergrund wird es auch verständlich, daß ein allgemeinpolitisches Mandat nur den studentischen Vereinigungen an der Hochschule, also den verschiedenen politischen Hochschulgruppen zugestanden werden kann, weil allein sie auf einer freien Gründung beruhen. Der Umstand der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl des Studentenparlaments durch die Mitglieder der Studentenschaft vermag demgegenüber ein allgemeinpolitisches Mandat der verfassten Studentenschaft nicht zu legitimieren, weil dies an der Grundverfassung des Verbandes als Zwangskörperschaft nichts ändert. Eine Entpolitisierung der Hochschule findet damit nicht statt, eine Politisierung allerdings nur in dem Maße, wie der einzelne aufgrund seiner eigenen Entscheidung politisch aktiv wird. Durch die allgemeinpolitischen Aktivitäten der Hochschulgruppen wird die -zweifelsohne bestehende- Verzahnung von Universität und Gesellschaft sichtbar. Die Wahrnehmung eines allgemeinpolitischen Mandats durch die Organe der Studentenschaft stellt hingegen eine geradezu unerträgliche politische Bevormundung des einzelnen dar.

Ein bloßes Sendungsbewußtsein rechtfertigt die Initiierung -unter Umständen notwendiger- "gesellschaftspolitischer Veränderungen" ebensowenig wie die Auffassung, der Liberalismus habe sich als bürgerliche Institution überlebt. Einzuräumen ist insofern allenfalls, daß es für Erneuerung des Liberalismus nicht mehr ausreicht, sich emphatisch auf seine Ideen zu berufen, sondern es vielmehr "des Begreifens der Entwicklung der weltpolitischen Situation bedarf, aus der deutlich wird, daß das Ideal des autonomen Subjekts keine globale Bedeutung wie zur Zeit seiner Entfaltung in der -modernen politischen Theorie- mehr hat, sondern sich nur noch partikular im Raum der bürgerlichen Welt erhalten kann" (H.Dräger, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie).

Als argumentativ geradezu hilflos

ist die These zu werten, niemand erliege dem Irrtum, daß bei politischen Äußerungen von Organen für alle Angehörigen der Korporation gesprochen werde. Zum einen haben die Organe der Studentenschaft im Rahmen ihres begrenzten Kompetenzbereichs die gesamte Studentenschaft zu vertreten; zum anderen überlege man doch einmal, was es dem "Bevormundeten" schon nutzt, daß der Eindruck eines unter den Studenten herrschenden allgemeinen politischen Konsenses über eine bestimmte Frage in der Öffentlichkeit nicht entsteht, eine Fragestellung, deren Richtigkeit im Übrigen auch noch bezweifelt werden kann. Und schließlich: Die der Studentenschaft eingeräumte Kompetenz, zu hochschulpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, stellt keine Inkonsequenz des Gesetzgebers dar, der ein allgemeinpolitisches Mandat der Studentenschaft und ihrer Organe verneint. Die unmittelbare, direkte Betroffenheit der Studentenschaft durch hochschulpolitische, also zumeist legislatorische Entscheidungen der zuständigen Bundes- und Landesorgane rechtfertigt die Eindrückung eines beschränkten, auf hochschulpolitische Fragen bezogenen Mandats, wobei in diesem engen Bereich eine Art politischer Bevormundung des einzelnen durch jene Hochschulgruppen, die den jeweiligen AStA bilden, wohl oder übel in Kauf genommen wird.

Die Schwierigkeit, zwischen allgemeinpolitischen und hochschulpolitischen Meinungskundgaben abzugrenzen -eine entsprechende Darlegungslast trifft im Rechtsstreit den Studenten, der einen Verstoß gegen das Unterlassungsgebot behauptet (s. BVerwG in NJW 1980, 2595)-, und die dauernde bewußte Überschreitung des vorgegebenen Kompetenzbereichs durch die Organe der Studentenschaft sprechen nicht für die Ausweitung des hochschulpolitischen Mandats auf ein allgemeinpolitisches Mandat, sondern eher dafür, dem Beispiel Frankreichs Folge leistend die Bildung von Studentenschaften als Zwangskörperschaften gesetzlich auszuschließen.

Herr Grünwald mag ein profiliertes Strafrechtsdogmatiker und ein bemerkenswert engagierter "homo politicus" sein, allein ein umsichtiger Staatsrechtler oder gar ein zeitgeschichtlich weitblickender Staatsphilosoph scheint er nicht zu sein.

Hajo Blanke
Romanistik/Jura

P.S.: Mein Dank gilt jenen Gesprächspartnern, die -trotz divergierender Ansichten- durch geduldiges Zuhören und Argumentieren zur Entstehung dieser Zuschrift beigetragen haben. Der Verfasser erklärt, kein Mitglied im SLH oder in einer anderen Hochschulgruppe zu sein.

Uni Bonn geht illegale Wege

Der AStA hat eine "Informationsbroschüre "Konventswahlen und Gruppenuni herausgegeben. Aus diesem Anlaß sprach AKUT mit Uwe Altemöller, dem AStA-Vorsitzenden, der die Broschüre zusammen mit dem Hochschulreferenten Tom Manteufel erarbeitet hat. Das Interview führte Lars Ide.

AKUT: Das Wissenschaftliche Hochschulgesetz des Landes NRW von 1980 schreibt seit mehreren Jahren eine Gruppenuni vor. Dennoch ist bis heute die Umwandlung Bonns von einer Ordinarienuniversität in eine Gruppenuniversität nicht vollzogen. Zunächst: Was bedeuten die Begriffe "Ordinarienuniversität" und "Gruppenuniversität"?

Uwe: In einer Ordinarienuniversität hat der einzelne Ordinarius eine große Machtfülle. Die universitären Gremien spielen eine eher untergeordnete Rolle, wobei die Gremien der Fachbereiche (Engere Fakultäten) noch wichtiger sind als die der Gesamtuniversität (Senat). Eine dezentrale Organisationsstruktur also, die alle Macht den Ordinariern in ihren jeweiligen Bereichen gibt. In der Gruppenuniversität kommt den Gremien eine stärkere Bedeutung zu. Der für uns Student/inn/en entscheidende Gesichtspunkt aber ist, daß hier die nicht der Professor/inn/en/gruppe zurechnenden Angehörigen der Uni, als das sind wissenschaftliche Mitarbeiter, sonstige Mitarbeiter und nicht zuletzt auch wir durch eine zahlenmäßig weit über den bisherigen Zustand hinausgehende Repräsentation in den Gremien mehr Einfluß auf die Entscheidungen innerhalb der Hochschule gewinnen. Ein Mehr an Mitbestimmung also.

AKUT: Woran liegt es, daß wir in Bonn immer noch keine Gruppenuni haben?

Uwe: Mehr als drei Jahre nach Inkrafttreten des WissHG bequeme sich die Uni, eine Konventswahlordnung zu erlassen, die nach Meinung des Wissenschaftsministeriums in einem Punkt eindeutig gegen das WissHG verstößt. Das Ministerium korrigierte diesen Punkt in der KWO. Hiergegen klagte die Hochschule vor dem Verwaltungsgericht Köln. Nach einigem Hin und Her unterlag die Uni dann im Oktober 1985. Auch wurde der sofortige Vollzug angeordnet, d.h. der Konvent hätte noch in diesem Semester gewählt werden müssen. Die Berufung vor dem OVG Münster, welche die Uni eingelegt hat, hatte keine aufschiebende Wirkung. Die Uni Bonn geht somit illegale Pfade. Hinter alledem steckt natürlich das Interesse der Ordinarien, möglichst wenig von ihrer Macht abzugeben.

AKUT: Welche Aufgabe kommt dem Konvent bei der Umwandlung in eine Gruppenuni zu?

Uwe: Der Konvent hat die Aufgabe, eine völlig neue Univerfassung auszuarbeiten. Künftig hat der Konvent einen Rektor zu wählen sowie mit Zweidrittelmehrheit Änderungen der Verfassung zu beschließen.

AKUT: Das geänderte Hochschulrahmengesetz wird Anpassungen des WissHG daran erforderlich machen. Lohnt sich da noch die Umwandlung?

Uwe: Das mit der Anpassung wird ja noch eine Weile dauern. Wir sollten inzwischen die Möglichkeit nutzen, unsere Vorstellungen von einer demokratischen Unistruktur einzubringen. Aber auch danach sind unsere Mitwirkungsmöglichkeiten nicht erschöpft. Das HRG bringt zweifellos eine Verschlechterung, welche von denen, die dieses Gesetz zu verantworten haben, durchaus beabsichtigt ist.



AKUT: Ist die Mitbestimmung nach dem WissHG ausreichend?

Uwe: Nein, durchaus nicht. Die linken Hochschulgruppen fordern schon seit langem die paritätische Mitbestimmung aller Universitätsangehörigen. Dies wäre für uns die reinste Verwirklichung einer demokratischen Hochschule.

Teilweise gibt es noch weitergehende Forderungen nach einem "one man, one vote".

Dann wären die Student/inn/en in dem Verhältnis repräsentiert wie heute die Ordinarien.

AKUT: Demokratie setzt voraus, daß sich möglichst viele daran beteiligen. Die Beteiligung an den letzten SP-Wahlen lag bei knapp über 34%. Wäre es da nicht besser, ganz mit dem Demokratiespielen aufzuhören?

Uwe: Die Wahlbeteiligung in Bonn ist eine der höchsten von allen bundesdeutschen Universitäten. Außerdem muß man bedenken, daß ein gewisser Prozentsatz nur formal eingeschrieben ist, d.h. gar nicht regelmäßig zur Uni kommt. Dennoch gilt es, möglichst viele davon zu überzeugen, daß es sinnvoll ist, sich an den Wahlen zu beteiligen und noch besser, selbst in einer politischen Hochschulgruppe mitzuarbeiten. Einen Grund zur Resignation sehe ich nicht. Es gibt noch sehr viel zu tun.

ANZEIGE -

FRS FLUG REISE SERVICE

Beraten · Planen · Buchen

Wir vermitteln weiterhin:
Flüge in alle Welt,
Fahren, Kreuzfahrten, Bus + Bahnreisen,
Ferienwohnungen und vieles mehr.

Athen	ab 535,-
Barcelona	1. Person ab 485,- 2. Person ab 291,-
Malaga	1. Person ab 585,- 2. Person ab 351,-

FRITZ-TILLMANN-STR. 4 · 5300 BONN 1
☎ 02 28 / 22 10 71 · TELEX: 08 080 504 frs d

TAKE IT EASY.
Lassere Leute fahren mit transalpino.

Hier ohne Preisbeschränkung

Berlin	174,-	Wien	240,-
Paris	116,-	Athen	453,-
London	200,-		

transalpino
Das billige Bahnticket für alle unter 26

In einem Tal bei armen Hirten
Erschien mit jedem jungen Jahr,
Sobald die ersten Lerchen schwirren,
Ein Mädchen, schön und wunderbar.

Sie war nicht in dem Tal geboren,
Man wußte nicht, woher sie kam,
Und schnell war ihre Spur verloren,
Sobald das Mädchen Abschied nahm.

Beseligend war ihre Nähe,
Und alle Herzen wurden weit,
Doch eine Würde, eine Höhe
Entfernte die Vertraulichkeit.

Sie brachte Blumen mit und Früchte,
Gereift auf einer andern Flur,
In einem andern Sonnenlichte,
In einer glücklichern Natur.

Und teilte jedem eine Gabe,
Dem Früchte, jenem Blumen aus,
Der Jüngling und der Greis am Stabe,
Ein jeder ging beschenkt nach Haus.

Willkommen waren alle Gäste,
Doch nahte sich ein liebend Paar,
Dem reichte sie der Gaben beste,
Der Blumen allerschönste dar.



O brich nicht, Steg, du zitterst sehr!
O stürz nicht, Fels, du dräuest schwer!
Welt, geh nicht unter, Himmel, fall nicht ein,
Eh ich mag bei der Liebsten sein!

KLASSISCHE POESIE

Wo bist du? trunken dämmert die Seele mir
Von aller deiner Wonne; denn eben ist's,
Daß ich gelauscht, wie goldner Töne
Voll, der entzückende Sonnenjüngling
Sein Abendlied auf himmlischer Leiter spielt;
Es tönten rings die Wälder und Hügel nach,
Doch fern ist er zu frommen Völkern,
Die ihn noch ehren, hinweggegangen.

ANZEIGE



au château

Außer dienstags ab 20 Uhr geöffnet!

PINTE-DISKOL

BONN, KÖNIGSTR.-ECKE ARGELANDERSTR.

Einsam will ich untergehn,
Keiner soll mein Leiden wissen;
Wird der Stern, den ich gesehn,
Von dem Himmel mir gerissen,
Will ich einsam untergehn,
Wie ein Pilger in der Wüste!

Einsam will ich untergehn,
Wie ein Pilger in der Wüste!
Wenn der Stern, den ich gesehn,
Mich zum letzten Male grüßte,
Will ich einsam untergehn,
Wie ein Bettler auf der Heide!

Einsam will ich untergehn,
Wie ein Bettler auf der Heide!
Gibt der Stern, den ich gesehn,
Mir nicht weiter das Geleite,
Will ich einsam untergehn,
Wie der Tag im Abendgrauen!

Einsam will ich untergehn,
Wie der Tag im Abendgrauen!
Will der Stern, den ich gesehn,
Nicht mehr auf mich niederschauen,
Will ich einsam untergehn,
Wie ein Sklave an der Kette!

Einsam will ich untergehn,
Wie ein Sklave an der Kette!
Scheint der Stern, den ich gesehn,
Nicht mehr auf mein Dornenbette,
Will ich einsam untergehn,
Wie ein Schwanenlied im Tode!



Dem Schnee, dem Regen,
Dem Wind entgegen,
Im Dampf der Klüfte,
Durch Nebeldüfte,
Immer zu! Immer zu!
Ohne Rast und Ruh!

Lieber durch Leiden
Möcht ich mich schlagen,
Als so viel Freuden
Des Lebens ertragen.
Alle das Neigen
Von Herzen zu Herzen,
Ach, wie so eigen
Schaffet das Schmerzen!

Wie - soll ich fliehen?
Wälderwärts ziehen?
Alles vergebens!
Krone des Lebens,
Glück ohne Ruh,
Liebe, bist du!

20 AKUT

VERANSTALTUNGSKALENDER I/86 PRO FAMILIA

In Zusammenarbeit mit der Werkstatt Friedenserziehung Bonn
Informationen zu allen Veranstaltungen und Anmeldung:
Mo., Mi., Fr.: 9.00 bis 11.00, Di., Do.: 18.00 bis 20.00

TELEFON:
212230

• Information z. Empfängnisregelung

Termin: jeweils am letzten Mittwoch im Monat
18.00 Uhr
Leitung: Rosi Stein, Ärztin

• Natürliche Empfängnisregelung

Alternativen zu Pille und Spirale
Termin: 20.1./17.2./3.3./21.4./12.5./9.6. 20.00 Uhr
Leitung: Meike Wellekamp, Ärztin

• Jugendliche Empfängnisregelung

Information für Schulklassen und Jugendgruppen
Termine nach tel. Vereinbarung

• Mädchengruppe

für 15 bis 18jährige
Termin: 9.1.1986

• Geburtsvorbereitung für Paare

FÜR PAARE
jeweils 10 Abende, Teilnehmerbeitrag DM 120,- pro Paar (Ermäßigung für
Krankenversicherte), Termine und Anmeldung während der Sprechstunde

• Mutter werden

Die Zeit davor und die Zeit danach: Schwangerschaft - Geburt - das Leben
mit dem Kind: Welche Vorstellungen, Wünsche und Ängste hatte ich, und wie
sieht die Realität aus? Termine: 20.1., 10. Abende 18.30-20.00 / DM 70,-
Leitung: Evelyn Kießel, Sozialpädagogin

• Selbsterfahrung für Frauen

Selbstfindung und Verbesserung der Kommunikation mit anderen,
Anmeldung erforderlich
Termin: ab 5.2. 18.30 - 20.30 Uhr / DM 15,- pro Abend
Leitung: Katherine Rittenberg



- ANZEIGE -

MÖBEL-KISTE.
Anzahl - Qualität - Service

**Ordnung ist
der halbe Schreibtisch...**

... vier geräumige
Schubkästen, mehrfach
verstellbare Platte, Blei-
stiftrollen und Griffmulden.
Ein Arbeitsplatz, an dem die
Pflicht zum Hobby wird.

TONI II mit viel
Massivholz, 70 x 140 cm
DM **498,-**

Drehstuhl mit lustiger
Streifenpolsterung, mit
allem Sitzkomfort, nach
neuesten Sitznormen.
DM **158,-**

MÖBEL-KISTE.
Thomas Mann Str. 22
5300 Bonn I

* Mitnahmepreise

Kritische Uni - Diskussionen
Demnächst gibt es zwei Plena über
die nächste Kritische Uni (KU):
Am Dienstag, dem 28. Januar,
findet um 20 Uhr ein Plenum im
Leseraum der Mensa Nassestraße
statt. Ein weiterer Termin ist am
25. Februar, ebenfalls ein Dienstag,
am selben Ort zur selben Zeit
angesetzt. Als Tagesordnungspunkte
haben wir folgende vorgesehen:

- Besprechung eines "Aktionstages"
zur KU im SS 1986 und Vorberei-
tung der nächsten KU im kommen-
den Wintersemester.
- Vernetzung der Fachbereichsebe-
ne mit anderen Bonner Initiativen
und den Gewerkschaften.
- Akademikerarbeitslosigkeit und
soziale Lage der Studenten
- Durchleuchtung des Wissen-
schaftsbegriffs und seiner Auswir-
kungen an der Bonner Uni.
- Schaffung von Freiräumen für
Eigeninitiativen und persönliches
Engagement im Rahmen der KU.
- Konzeption und Umsetzung neuer
Lehr- und Lernformen.
- mehr Praxisbezug im Studium und
dessen Umsetzung an den Fachbe-
reichen.

Das sind einige der Punkte, die wir
diskutieren sollten. Die wichtigste
Aufgabe bleibt sicherlich, Arbeits-
kreise an den Fachbereichen zu ini-
tizieren und bestehende AK's in die
Arbeit für die KU miteinzubezie-
hen.

Ute Mader
(KU-Projektleitung)

• Selbsterfahrung - gemischt

Selbstfindung und Verbesserung der Kommunikation mit anderen (Partner,
Kinder usw.) - Leitung: Katherine Rittenberg - Tel. Anmeldung erforderlich
Termin: ab 9.1. 18.30 - 20.30 - Teilnehmerbeitrag DM 15,- pro Abend

• Encounter - Gruppe

Selbstfindung, Selbstannahme und Verbesserung der sozialen Sensibilität
in einer gemischten Gruppe - Leitung: Dr. Heidrun Payk-Rahlf, Dipl. Psych.
Termin: ab Mitte Januar nach Absprache / DM 15,- pro Abend, Anmeld. erforderl.

• Frauen mit sexuellen Problemen

Gruppe für Frauen, die sich mit ihrer Sexualität auseinandersetzen wollen
Termin: ab Januar nach Absprache / DM 15,- pro Abend, Anmeld. erforderlich
Leitung: Marie-Luise Kreiß (Eheberaterin), Gisela Landwehr (Sexualberaterin)

• Nach dem Schwangerschaftsabbruch

Gesprächsmöglichkeit nach dem Schwangerschaftsabbruch in der Gruppe oder
als Einzelgespräch - Termin: jeden Donnerstag 20.00 Uhr
Leitung: Lydia Weingartz-Thomas, Dipl. Sozialarbeiterin

• Sexueller Missbrauch

Gesprächsgruppe für Frauen, die im Laufe ihres Lebens sexuell mißbraucht
oder genötigt worden sind
Termin: 8.1. 20.00 Uhr - Leitung: Marianne Gutmann, Dipl. Psych.

• Ehepaargruppe

Selbsterfahrung und Verbesserung der Beziehung in Auseinandersetzung mit dem
Partner und anderen Paaren
Termin: ab Mitte Januar nach Absprache / DM 30.00 pro Abend pro Paar
Leitung: Gisela Landwehr und Ernst Dombrowski / Anmeldung erforderlich

• Trennung

Selbsterfahrungsgruppe für getrennt oder in Trennung lebende Männer und
Frauen - Leitung: Katherine Rittenberg - Anmeldung erforderlich
Termin: ab 8.1. 18.30 - 20.30 / DM 15,00 pro Abend - 10 Abende

• Getrennt lebende Frauen über 40

Frauengesprächsgruppe für die, die sich mit dem Problem der Trennung oder
Scheidung auseinandersetzen - Leitung: Katherine Rittenberg - Anmeld. erford.
Termin: ab Mitte Januar nach Vereinbarung / DM 15,- pro Abend

• Information z. Ehe- und Familienrecht

Termin: jeweils der 1. und 3. Montag im Monat um 18.00 Uhr

A U S S C H R E I B U N G

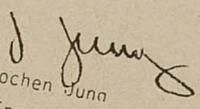
Hiermit schreibe ich satzungsgemäß die Stelle eines / einer
STV. SPORTREFERENTEN / IN
aus. In Verbindung mit dem Sportreferenten werden ihm / ihr vorrangig folgende
Aufgaben delegiert :

- + Durchführung der allgemeinen Sprechstunde während der AstA -
Geschäftszeit
- + Vorbereitung und Durchführung des Referatsbetriebes
- + Mitarbeit bei der Erstellung des Hochschulsportprogrammes
- + Mitarbeit bei der Durchführung des Sport-Turnieres am
Dies Academicus (Hochschulsporttanes)

Der/die Kandidat/in für die ausgeschriebene Stelle muß an der Universität
Bonn immatrikuliert sein.
Die Stelle umfaßt zeitlich das Volumen einer sog. " vollen studentischen Hilfs-
kraft "; die Aufwandsentschädigung beträgt DM 650,-.

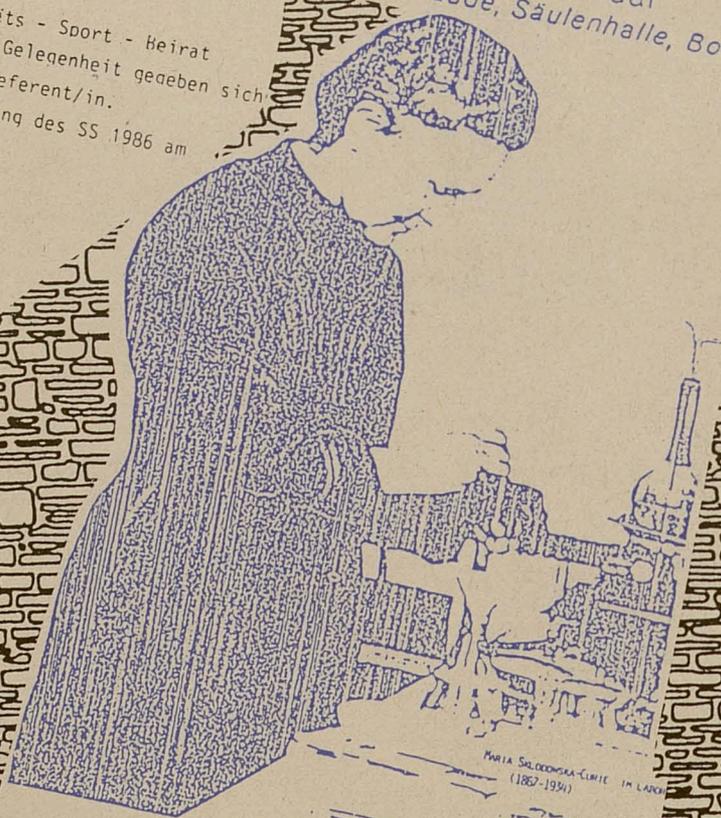
Bewerbungen sind bitte schriftlich zu richten bis zum 31. Januar 1986 an :
Hochschulsportreferat im AstA
Jochen Jung
Nassestr. 11, 5300 Bonn 1
Tel.: 737045 (12.00 - 14.00 Uhr)

Außerdem ist bis zu diesem Zeitpunkt eine persönliche Vorstellung im Hochschul-
sportreferat nötig.
Alle Bewerber werden zur nächsten Sitzung des Universitäts - Sport - Beirat
(USB) eingeladen. In dieser Sitzung wird den Bewerbern Gelegenheit gegeben sich
vorzustellen, danach wählt der USB den/die stellv. Sportreferent/in.
Die Tätigkeit als stellv. Sportreferent/in beginnt zu Anfang des SS 1986 am
21. April 1986 und dauert zwei Semester.


Jochen Jung
(Sportreferent)

A U S T E L L U N G :

Frauen in den Naturwissenschaften
vom Mittelalter bis zur Neuzeit
20. bis 24. Januar
Uni-Hauptgebäude, Säulenhalle, Bonn 1



Veranstalterinnen: autonomes Frauenreferat

2000
JAHRE
BONN
1/9

Informationsdienst für Stadt Bonn

19. Dezember 1985

Bonn wird 2000 und "Bonn ist mehr" - Werbevertrag für 2000-Jahr-Feier in der Bundeshauptstadt unterzeichnet - Stadt Bonn startet Werbeoffensive für Stadtjubiläum

Mit den Slogans "Bonn wird 2000" (bis 1989), "Bonn ist 2000" (1989) und "Bonn ist mehr" (ab 1990) wird die Frankfurter Werbeagentur Wirz und Hafner das große Stadtjubiläum in der Bundeshauptstadt, die 2000-Jahr-Feier 1989, vermarkten. Kurz vor der Jahreswende eröffnete Oberstadtdirektor Dr. Karl-Heinz van Kaldenkerken mit der Unterzeichnung des Promotion-Vertrages die Werbekampagne für die Geburtstagsfeier der Stadt.

In 90 Millionen Anzeigen und in Rundfunkspots für 25 Millionen Hörer sollen die Slogans, verbunden mit weiteren Informationen zu Bonn und zum Festprogramm, den Bundesbürgern und den Bewohnern der Nachbarländer Deutschlands Appetit auf die RheinStadt machen und sie zum Kofferpacken animieren.

Mit originellen Großplakat- und Anzeigenoffensiven ("Die Neunte für acht Satelliten", "Die nackte Maja kommt", "Dies wird ein Jahr, wie keines war", "Wir laden unsere Freunde ein", "Frühjahrsputz") sollen die Bürger Bonns aktiviert, zum "Schulterschuß" veranlaßt und ihr Stolz auf die Vaterstadt gestärkt werden. Bonner und Touristen sollen neugierig werden auf das Programm. Die Spannung bis zu den 365 "Feiertagen" wächst. In Vorkampagnen will die Frankfurter Agentur Bonn als Veranstaltungsort für 1989 anpreisen: Betriebsausflügler, Kongreßveranstalter und Teilnehmer von Kurzreise-Trips sollen Bonn erstmals oder neu entdecken.

andere Stadt, als sie in den Köpfen der Menschen als Vorstellungsbild besteht. Bonn ist mehr. Die Werbestrategen wollen aufräumen mit den Vorurteilen über die kleine Hauptstadt. Sie haben den Festmanagern in Bonn vorgeschlagen, das Programm durch die "Größte Festtafel der Welt" zu bereichern. Sie möchten ein Bonn-Menü servieren, das den Besuchern aus nah und fern Geschmack auf eine Reise in die RheinStadt macht. Nach dem Motto "Pack den Suppenlöffel ein" offeriert die Stadt einen Riesenschmaus auf Bonner Pflaster.

Die Projektgruppe, die eigens für die Vorbereitung auf das Stadtjubiläum eingerichtet wurde, hat sich einstimmig für das bestechende Konzept der Frankfurter Werbefachleute entschieden. Unter den eingesandten Exposés von 12 bekannten Agenturen wählten sie aufgrund der überzeugenden Klarheit den Entwurf von Wirz und Hafner aus. Selbstverständlich integrierten die Frankfurter das erfolgreiche Bonner Markenzeichen, den Kußmund, in ihre Werbevorbereitung.

Der Rat der Stadt Bonn legte den Kostenrahmen für die 2000-Jahr-Feier fest. Darin sind auch die Kosten der Werbung, die mit zirka 1,5 Millionen Mark beziffert sind, enthalten. "Mit diesen Mitteln und der Kreativität von Wirz und Hafner werden wir unser Ziel erreichen", stellte Oberstadtdirektor Dr. van Kaldenkerken bei der Vertragsunterzeichnung mit der Frankfurter Agentur erfreut fest.

bonn

Impressum:
Herausgeber: Der Oberstadtdirektor der Stadt Bonn, Presse- und Werbeamt, Stadthaus, Berliner Platz, 5300 Bonn 1
Telefon: Chef vom Dienst 0228/77 30 00
Redaktion: Werner P. D'hein (verantwortlich), Friedel Frechen, Detlev Lehmann, Dr. Renate Hawranke, Monika Frömbgen, Thomas Böckeler
Fernschreiber: 8 85 496 pwbn d, Telefax 2m 77 24 88, Telefax 228359 lbonn, Btx *925300#
Das veröffentlichte Material kann unter der Voraussetzung, daß die daraus erarbeiteten Informationen für Pressepiegel kostenlos benutzt werden dürfen, honorarfrei und ohne Quellenangabe verwendet werden.

Wahl zum Bonner

Student/inn/enparlament



Vom 21.-24. Januar 1986 finden die Wahlen zum 8. ordentlichen Bonner Student/inn/enparlament statt. Es sind 51 Sitze zu vergeben, die nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren verteilt werden. Wahlberechtigt ist jede/r ordentliche/r Student/in, der/die im Wähler/innenverzeichnis eingetragen ist, d.h., wer bis zum 12.12.85 eingeschriebene/r Student/in der Universität Bonn ist. Die Stimmabgabe ist möglich in den Universitätsgebäuden und Mensen an den Wahltagen von 8.30 Uhr bis 18.30 Uhr. Die Listen und Kandidat/inn/en entnehmt Ihr bitte den ausliegenden offiziellen Wahlzeitungen.

Geht wählen!

Der Wahlleiter

Univ.-Sd.P. Walter-Grothe
Messestr. 11
5300 Bonn 1